



Parlamentssitzung 9. Dezember 2013

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 21.55 Uhr

Vorsitz Erica Kobel-Itten (FDP)

Anwesend

Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Heinz Nacht (SVP)
Bernhard Bichsel (FDP)	Christof Nydegger (SVP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Christian Burren (SVP)	Markus Plüss (Grüne)
Vanda Descombes-Della Schiava(SP)	Jan Remund (Grüne)
Heidi Eberhard (FDP)	Mathias Rickli (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Christian Roth (SP)
Martin Graber (SP)	Stephan Rudolf (BDP)
Philippe Guéra (BDP)	Elisabeth Rüeeggsegger (SVP)
Hermann Gysel (EVP)	Christoph Salzmann (SP)
Beat Haari (FDP)	Bruno Schmucki (SP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Ronald Sonderegger (FDP)
Verena Koshy (CVP)	Hugo Staub (SP)
Andreas Lanz (BDP)	Barbara Thür (GLP)
Stefan Lehmann (SVP)	Thomas Verdun (SVP)
Patrik Locher (EVP)	Markus Willi (SP)
Ruedi Lüthi (SP)	Ulrich Witschi (BDP)
Hans Moser (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)

Entschuldigt Liz Fischli-Giesser (Grüne) Stephe Staub-Muheim (SP)
Anita Moser Herren (FDP)

Gemeinderat Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Katrin Sedlmayer (SP)
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident Urs Wilk (FDP)
Rita Haudenschild (Grüne)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 11.11.2013	289
2.	Ueberbauungsordnung Bike-Park Oberried – Änderung der baurechtlichen Grundordnung	289
3.	Beschaffung Kommunalfahrzeug	297
4.	1103 Postulat (SP Köniz) "Informationsschrift für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund"	299
5.	1108 Postulat (Grüne Köniz) "Fachstelle Veloverkehr"	301
6.	1314 Postulat (SP Köniz und Grüne) „Für gute KITAs in Köniz: Das Qualitätslabel für Kindertagesstätten“	303
7.	Verschiedenes.....	306

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Wir haben heute wieder ein Geburtstagskind unter uns. Christof Nydegger darf heute seinen Geburtstag feiern, wozu wir ihm herzlich gratulieren. Wir danken ihm, dass er trotz seinem Feiertag heute an der Parlamentssitzung teilnimmt. (*Applaus*).

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Wahlen sind fast vorüber, eine wichtige fehlt jedoch noch: Das Gemeindepräsidium ist noch zu besetzen. Wir warten gespannt auf das Resultat der Stichwahl. Nichtsdestotrotz konstituiert und setzt sich das Parlament im nächsten Jahr neu zusammen. Basierend darauf werden alle Kommissionen neu besetzt, unter Umständen erfolgen einige Wechsel. Das Parlamentssekretariat bittet Sie, jene Mitglieder, die für Kommissionen nominiert werden, bis am 13. Januar 2014 zu melden, damit die Vorbereitungen für die Januar-Sitzung vorgenommen werden können. Unter Umständen wird eine nichtständige Kommission Pensionskasse hinzukommen, das ist jedoch noch nicht festgelegt. Informationen dazu erfolgen.

Im nächsten Jahr wird die Schulkommission neu gewählt. Aufgrund der Revision des Bildungsreglements muss die Bildungskommission neu zusammengesetzt werden. Vor dem 28. Februar 2014 sollten die Fraktionspräsidien zusammensitzen und versuchen, sich auf Personen zu einigen, die in diese Bildungskommission Einsitz nehmen. Über den Wahlvorgang und die Daten liegen Unterlagen auf Ihren Tischen auf. Allfällige Fragen beantworten das Parlamentssekretariat oder der Gemeindeschreiber.

Weiter liegt auf Ihren Tischen die Sitzungsgeldabrechnung 2013 auf. Wir bitten Sie, die Daten zu kontrollieren und allfällige Rückmeldungen bis spätestens am 13. Dezember 2013 abzugeben.

Ich informiere Sie über den Ablauf der heutigen Sitzung: Wir gehen nun gemäss Traktandenliste vor. Unter dem Traktandum 7, Verschiedenes, werden die Verabschiedungen erfolgen. Zuerst werde ich einerseits die Parlamentsmitglieder und andererseits den Gemeindepräsidenten, Luc Mentha, verabschieden. Anschliessend erfolgen die Verabschiedungen der einzelnen Parlamentsmitglieder.

Die Akten für die heutige Sitzung sind Ihnen am 14. November 2013 zugestellt worden, der Nachversand des Protokolls erfolgte am 28. November 2013.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 11.11.2013

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. November 2013 wird genehmigt.

2. Überbauungsordnung Bike-Park Oberried – Änderung der baurechtlichen Grundordnung

Beschluss; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Unterlagen, beinhaltend den Bericht und Antrag des Gemeinderats und die Abstimmungsbotschaft, sind Ihnen mit den Sitzungsakten zur Parlamentssitzung zugestellt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung. Ich weise darauf hin, dass die Redaktionskommission die Botschaftsseite mit den Pro- und Kontraargumenten verfassen wird.

Sie haben die Möglichkeit, die von Ihnen heute an der Sitzung gemachten Äusserungen schriftlich bis 1 Tag nach der Parlamentssitzung an die Präsidentin der Redaktionskommission, Liz Fischli-Giesser oder an die Fachstelle Parlament, einzugeben.

GPK-Referent Beat Haari (FDP): Um was geht es bei der Änderung der baurechtlichen Grundordnung Bike-Park Oberried? 1996 erteilt der Regierungsstatthalter Thomas Binggeli – alias „Thömus“ – die Bewilligung für eine Werkstatt mit Ausstellungsraum für Velos auf dem elterlichen Hof in Oberried. Die Vision Thömus entwickelt sich rasch und stetig, bis sie zur schweizweit bekannten Marke wird. Eine Entwicklungsgeschichte, die begeistert und zeigt, wie der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt die richtige Idee umgesetzt hat und so viel Herzblut, Mühe und unternehmerisches Geschick investiert, bis seine Vision unzählige Träger gefunden hat. So viele, dass heute festgestellt werden kann, dass sich Oberried mittlerweile zum Biker-Mekka entwickelt hat. Dieser erfolgreiche Weg brachte mit sich, dass das ursprünglich bewilligte Nutzungsmass bald einmal überschritten wurde. Hinzu kommt, dass Oberried in der Landwirtschaftszone liegt, in welcher gewerbliche Nutzungen nur beschränkt möglich sind. Irgend einmal wurde dies festgestellt und so ist „Thömus“ seit 2006 mit der Planungsabteilung in Kontakt, mit dem Ziel einerseits eine allseitig akzeptable Lösung zu finden und auf eine rechtliche Basis zu stellen und andererseits einen ergänzenden Bike-Park zu realisieren. Dank einem geduligen Regierungsstatthalteramt wurde bis anhin darauf verzichtet, eine Wiederherstellungsverfügung seitens des Kantons zu erlassen. Dass Thömus mit seiner expandierenden Unternehmung in Oberried nicht nur Begeisterung auslöst, ist klar und verständlich. Die nähere Nachbarschaft erlebt die rasante Entwicklung von Thömus aus der Perspektive des Anwohners. Dieser muss den Mehrverkehr, irgendwie parkierende Autos und sicher hie und da gewisse Lärmemissionen in Kauf nehmen. Hinzu kommt, dass – im Fall der Realisierung – Landwirtschaftsland dem Bike-Park weichen muss. All diese Interessen und Anliegen am Standort Oberried, die sich anlässlich der Mitwirkung oder den eingereichten Einsprachen anlässlich der Planaufgabe aufgezeigt haben, möglichst unter einen Nenner zu bringen, lässt einen komplexen Planungsprozess vermuten. Die Ausführungen im Bericht von der Direktion Planung und Verkehr (DPV) mit den Hinweisen auf umfassende Begleitdokumente zum Bericht bestätigen diese Vermutungen. Letztendlich müssen aber alle Beteiligten Haare lassen, so auch Thömus, der einzelne Geschäftsbereiche teilweise schon ausgelagert hat oder noch auslagern muss, so z. B. den Verkauf von Wintersportartikeln. Mit dem vorliegenden Erlass der Überbauungsordnung Bike-Park Oberried mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung wird de facto eine raumplanerisch vertretbare und planungsrechtlich genehmigungsfähige Ordnung geschaffen, die den Anwohnenden und Thömus Rechtssicherheit gewähren soll.

Die GPK hat nebst doch einigen Detailfragen, zwei bis drei zentrale Fragen geklärt. Erste Frage: Was ist im Fall Thömus anders als bei der Firma H.H. Käser GmbH – wo es um die Produktion von Holzschnitzeln geht, die innerhalb der Landwirtschaftszone als Inselzone nicht bewilligt werden konnte – dass Thömus überhaupt in der Landwirtschaftszone bleiben kann? Bei Thömus steht, anders als bei der Holzschnitzelproduktion, die Nutzung für Freizeit und Sport im Zentrum. Das ist die eigentliche Zweckbestimmung der Zone; vergleichbar mit einem Golfplatz macht hier die Sportanlage die Standortgebundenheit aus. Dies im Unterschied zur Holzschnitzelanlage, wo das Gewerbe als Nutzungsschwerpunkt im Vordergrund steht. Es ist also eine Frage des Nutzungsschwerpunkts, damit das AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) eine entsprechende Bewilligung in Aussicht stellen bzw. erteilen kann. Zweite Frage: Weilerzone anstatt Überbauungsordnung? Mit dem Hintergedanken, dass in einer Weilerzone gemischtwirtschaftliche Siedlungsstrukturen in der Landwirtschaftszone möglich werden. Dazu spricht sich das AGR jedoch negativ aus. Es hält unter anderem fest, dass es sich beim Bike-Park einerseits um eine flächenintensive Sport- und Freizeitanlage handelt und sich andererseits die bauliche Nutzung nicht innerhalb von bestehenden Bauten realisieren lässt, wie das die Weilerzone vorsieht.

Die GPK setzte sich noch mit der Frage auseinander, ob sich mit Thömus der bekannte Fall Crucell wiederholen könnte. Dazu muss ehrlicherweise festgestellt werden, dass solches möglich wäre. In der GPK-Diskussion kam man jedoch zum Schluss, dass es sich bei Thömus doch um einen etwas anders gelagerten Fall handelt, nämlich um einen Familienbetrieb, wo das Geschäft mit viel Herzblut aufgebaut worden ist und wo man davon ausgehen darf, dass – wenn der Bike-Park bewilligt wird – Thömus das Vorhaben auch umsetzen wird. Die angesprochenen Detailfragen, welchen die GPK nachging, wurden via GPK-Mitglieder in die Fraktionen getragen und deshalb gehe ich hier nicht weiter darauf ein.

Die GPK empfiehlt dem Parlament zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig, der Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderats zuzustimmen. Zu Ziffer 2 stellt die GPK dem Parlament einen Änderungsantrag: In der Abstimmungsbotschaft ist auf Seite 14 im zweiten Abschnitt Folgendes festgehalten: „Der Einwohnergemeinde Köniz werden keine Kosten entstehen, weder durch den weiteren Planungsprozess, noch durch die Erschliessung, noch durch die Realisierung des Bike-Parks.“ Dieser Satz ist wie folgt zu korrigieren: „Der Einwohnergemeinde Köniz werden *durch die Genehmigung der Überbauungsordnung* keine Kosten entstehen, weder durch den weiteren Planungsprozess, noch durch die Erschliessung, noch durch die Realisierung des Bike-Parks.“

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung, die Botschaft zuhanden der Stimmbevölkerung mit der genannten Änderung sowie den Wortlaut des Stimmzettels zu genehmigen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich halte fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christian Burren (SVP): Der Bike-Park Oberried ist für die SVP-Fraktion ein äusserst schwieriges Geschäft. Aus Sicht der Landwirtschaft müsste die Schaffung einer solchen Inselzone mitten in der Landwirtschaftszone eigentlich ganz klar abgelehnt werden. Der Verlust von mehr als 3 Hektaren Kulturland ist gross. Auch aus dieser Sicht müsste das vorgeschlagene Geschäft klar abgelehnt werden. Weiter ist der Standort des neuen Bike-Parks erschliessungsmässig alles andere als ideal. Es gibt keine öV-Verbindung, die Zufahrtsstrassen sind schmal und die Parkierungsmöglichkeiten ungenügend. Auch aus diesen Gründen müsste eine Ablehnung erfolgen. Es gibt jedoch noch eine andere Seite: Mit Thömus verfügen wir über einen innovativen Gewerbebetrieb, der Arbeitsplätze bietet, ein gewisses Image mit sich bringt und sicher einen sehr grossen Leistungsausweis hat. Einem solchen Unternehmer sollte Unterstützung geboten und nicht Steine in den Weg gelegt werden. Aus dieser Sicht müsste dem Geschäft zugestimmt werden.

Für die SVP-Fraktion ist klar, dass mit der vorgeschlagenen Änderung der baurechtlichen Grundordnung jetzt versucht wird, dem Betrieb Thömus im Oberried nachträglich die Legalisierung zu erteilen. Wir stellen uns hier die Frage, wieso die Baupolizei über viele Jahre beide Augen – vielleicht sogar manchmal die Hühneraugen – zugedrückt hat. Dieses Laisser-faire-Verhalten der Bauaufsicht brachte uns in die vorliegende Situation, die uns heute dazu zwingt entweder einem innovativen Unternehmer den Betrieb zu schliessen oder mit der Zustimmung zum Geschäft das Fehlverhalten der Bauaufsicht nachträglich zu legalisieren und somit zu belohnen. Für keine der beiden Varianten liess sich in unserer Fraktion eine Mehrheit finden. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen und werden uns grösstenteils der Stimme enthalten, weil wir dem Fehlverhalten nicht zur Legalisierung verhelfen wollen. Wir wollen weder den Betrieb von Thömus im heutigen Rahmen schliessen lassen noch sind wir bereit, das Fehlverhalten zu goutieren. Wir fragen uns, ob mit der Weilerzone nicht ein anderes Instrument vorhanden wäre, den heutigen Betrieb zu legalisieren, ohne dass zusätzlich so viel Kulturland verbraucht werden muss. Wir sind uns der Argumentation bewusst, weshalb eine Weilerzone im Oberried nicht machbar ist, haben dazu eine konkrete Frage: Können wir uns darauf verlassen, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision keine weiteren Weilerzonen mehr geschaffen werden, um nachträglich illegale Gewerbebetriebe in der Landwirtschaftszone zu legalisieren? Dazu wünschen wir zuhanden des Protokolls eine Antwort von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, denn wir wollen nicht mit solchem eine neue Rechtsungleichheit schaffen.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Es ist an der Zeit, dass die notwendige planungs- und baurechtliche Grundlage zur Sicherung und Weiterentwicklung von Thömus in Oberried geschaffen wird. Dazu gehört der Bike-Park Oberried. Die beeindruckend rasche Entwicklung der Firma hat die dazu notwendige Nutzungsplanung links – bei Velofahrenden gelegentlich auch rechts – überholt. Die FDP-Fraktion will sich nun auf die Lösung der Situation konzentrieren und nicht nach hinten schauen und sich fragen, weshalb, was, wann in der Planung und Erweiterung der Firma in der Vergangenheit nicht genügend berücksichtigt worden ist. Es bringt nichts, den Ball einmal Thömus, einmal der Gemeinde oder beiden zuzuspielen und einen Schuldigen zu suchen. Das Problem muss nun gelöst werden. Die beeindruckende Geschichte der Firma ist angesprochen worden, wie auch das „Feu sacre“ von Thömus und seinen Mitarbeitenden und der entstandene Nutzen für die Gemeinde Köniz in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Das „Feu sacre“ steht für Herzblut, harte Arbeit, Ideen, Risiko und den Durchsetzungswillen, ein gestecktes Ziel auch zu erreichen. Thömus widerspiegelt all diese Punkte.

Uns ist bewusst, dass es um das Gewerbe geht, aber auch um den Schutz von Kulturland, um die Landwirtschaft und wohl weniger um klassische Links-Rechts-Politik. Deshalb war im Vorfeld zu spüren, dass sich einige Fraktionen für Stimmfreigabe entschieden haben. Die Betroffenen haben sich über eine lange Zeit zusammen an den Tisch gesetzt, um Lösungen zu finden, dazu gehören einige Abstriche, die Thömus machen muss. Es wurde auch redimensioniert. Viele Forderungen aus der Mitwirkung sind aufgenommen und in der Vorlage umgesetzt worden. Deshalb liegt eine absolut tragbare Lösung zum Nutzen aller vor – für die Gemeinde Köniz, für die Wirtschaft, für die Anwohnenden, für die Biker. Ich gehe bewusst nicht auf die planerischen Details ein, das ist in der Abstimmungsvorlage klar beschrieben. Immerhin ist nun alles in 26 Artikeln geregelt.

Eine persönliche Bemerkung in Bezug auf den Schutz von Kulturland und die Grösse des Projekts: Gibt man den Namen Thömus in Googlemap ein und betrachtet, was wirklich an Land benötigt wird, ist es nicht ein allzu grosser Teil.

Das Projekt ist auf die Verhältnisse in Oberried angepasst, die Landschaft bleibt grün und das ist gut so. Die FDP-Fraktion versteht die Bedenken einzelner Anwohnender, doch wir sind der Meinung, dass die Vorlage mit den Rahmenbedingungen absolut zumutbar ist. Ein letzter aber wichtiger Punkt: Wir sprechen hier von einer sinnvollen sportlichen Betätigung für jedes Alter und dazu wird Platz benötigt. Wir sprechen nicht über die Realisierung eines American-Style-Fast-Food-Restaurants in Oberried. Bike fahren ist Prävention und beugt kardiovaskulären Erkrankungen vor. Ich erlaube mir als Arzt dies hier festzuhalten: Biken ist gesund, unsere Kinder sollen sich mehr dafür begeistern und der Bike-Park in Oberried setzt genau dort an. Biken ist nicht nur eine Philosophie, sondern entspricht einer wichtigen gesundheitspräventiven Betätigung.

Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zuhanden der Stimmbevölkerung gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wie auch dem Änderungsantrag der GPK.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): 2012 durfte die Gemeinde Köniz mit Stolz den Wakkerpreis entgegennehmen, der unter anderem auch deshalb an die Gemeinde Köniz ging, weil in der Gemeinde Köniz mit der Trennung von den ländlichen Gebieten, den Gewerbebezonen, den Wohnzonen und dem städtischen Bereich vorbildliche Raumplanung getätigt wird. 2013 war man, vielleicht aufgrund dieses tollen Ergebnisses der Meinung, es nicht mehr so genau nehmen zu müssen. Die Zonenplanänderung von Crucell wurde durchgewinkt und es wurde nicht darauf bestanden, den Vorgaben der Gemeinde Rechnung zu tragen. Die Energievorgaben wurden nicht so ernst genommen, weil das grosse Unternehmen wegzuziehen drohte. Jetzt ist es weg.

Nun kommt der Bike-Park in Oberried, mit dem Verkaufsgeschäft wieder eine gewerbliche Nutzung in der Landwirtschaftszone. Wie soll damit umgegangen werden? Auch die Fraktion der Grünen hat sich mit dem Geschäft schwer getan. Der getroffene Entscheid ist das Resultat einer sorgfältigen Abwägung verschiedener Argumente. Gibt es auch Argumente, die für die Annahme sprechen? Wir sind der Meinung, dass solche vorhanden sind. Thömus betreibt als Kerngeschäft den Verkauf von Bikes. Biken ist gesund und ökologisch. Das Erfolgsmodell Thömus hat viele überrascht, vielleicht auch die Behörden. Man hat all dem vielleicht zuerst einmal zugeschaut und musste dann feststellen, dass durch das Erfolgsmodell eine illegale Situation entstanden ist, die nicht rechtzeitig in die notwendigen Bahnen gelenkt wurde. Aufgrund dessen müssen wir heute – später auch noch die Stimmbevölkerung – einen schwierigen Entscheid treffen. Der vorliegenden Überbauungsordnung ging eine lange Diskussion voraus, es mussten – auch von Thömus – Federn gelassen werden. Thömus suchte nach Lösungen, wie auch die Gemeinde Köniz; eine Mitwirkung wurde in Gang gesetzt. In der vorliegenden Lösung konnte vieles aus der Mitwirkung nun umgesetzt werden. Es handelt sich um ein überzeugendes Zeichen für einen funktionierenden demokratischen Prozess.

Für die Fraktion der Grünen ist der Verlust von ca. 3 Hektaren Kulturland – es handelt sich um schöne Felder – nicht sehr massgebend. Es spielt aus unserer Sicht keine grosse Rolle, wenn anstelle von Traktoren nun Bikes Spuren hinterlassen. Das Land bleibt grün. So lange ein Rückbau möglich ist, ist der Verlust an Kulturland kein enormes Problem. Das Kernanliegen, das für uns grösste Bedeutung hat, ist den sich entwickelnden Verkehr nach Oberried unter Kontrolle zu behalten. Wenn wir vom Erfolgsmodell Thömus sprechen, muss hier festgehalten werden, dass das Verkehrsaufkommen zunehmen könnte. Mit Bikes beladene Autos werden nach Oberried fahren, um den Bike-Park zu benutzen. Dieses Thema gibt uns zu denken. Die uns nun vorgelegte Lösung lässt uns zum Schluss kommen, dass viel geleistet worden ist. Man hat versucht, das für uns grösste Problem im Griff zu behalten, indem Fahrtenkontrollen vorgenommen werden, und bei Überschreitungen Sanktionen oder Abgaben fällig würden.

Insofern hat die Fraktion der Grünen den Eindruck, dass die verkehrsberuhigenden Massnahmen – der Verkehr ist zwar beträchtlich, aber klar limitiert – akzeptabel sind. Die Fraktion der Grünen empfiehlt zuhanden der Stimmbevölkerung aufgrund all ihrer Abwägungen, der Überbauungsordnung Bike-Park Oberried zuzustimmen.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion hat – unüblicherweise – zu diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Dazu zwei Vorbemerkungen: Erstens haben wir uns schwergetan und das Geschäft intensiv diskutiert. Eine klare Wertung der Argumente ist bei diesem Geschäft relativ schwierig und kann aus unserer Sicht in guten Treuen sowohl pro als auch kontra vorgenommen werden. Wichtig scheint uns, dass die Beurteilung dieses Geschäfts ganzheitlich vorgenommen wird. Zweitens haben wir diese Frage bewusst losgelöst von der Geschäftsstrategie vom betroffenen Unternehmen diskutiert. Es geht aus unserer Sicht hier nicht primär darum, über die Umsetzung einer Unternehmensstrategie zu entscheiden, sondern darum, die langfristigen Interessen der Gemeinde zu wahren. Welche Argumente haben wir gewichtet? Dafür spricht, dass der Bike-Park Oberried Arbeitsplätze in der Gemeinde erhalten wird und Perspektiven für ein unbestritten erfolgreiches und sehr innovatives Unternehmen schafft. Die Anlage scheint einem Bedürfnis zu entsprechen, das hat auch der Querverweis zum Bike-Trail am Ulmizberg gezeigt und sie liegt relativ stadtnah, was aus ökologischer Sicht positiv ist. Unsere Erkenntnisse aus den Pro-Diskussionen: Ein solcher Park macht einerseits wirtschaftlich Sinn, sollen aber die wirtschaftlichen Ziele auch wirklich erreicht werden, müssen grosszügige Rahmenbedingungen für die Nutzung der Anlage geschaffen und auch toleriert werden. Andererseits machte uns die Standortfrage Sorgen. Macht es Sinn, die Anlage am Standort Oberried zu realisieren? Die Unterlagen des Gemeinderats zeigen deutlich auf, dass die Lösung nur mit merklichen Einschränkungen landschafts- und auch anwohnerverträglich gestaltet werden kann, weil in Oberried die Infrastruktur, die Parkplätze und die Verkehrerschliessung fehlen. Die Durchsetzung der Einschränkungen wird Aufgabe der Gemeinde sein. Wir sind also auf einer etwas höheren Stufe praktisch am gleichen Ort wie 1996, als die ersten Bewilligungen durch den Regierungstatthalter erteilt wurden. Die Erfahrung zeigt uns, dass mit einer erheblichen Eigendynamik zu rechnen ist, sprich die Durchsetzung der Rahmenbedingungen nicht ganz einfach sein werden. Daraus haben wir gelernt, dass die postulierten Einschränkungen zum Bike-Park deutlich zeigen, dass es sich hier vonseiten der Gemeinde um eine „Ja-aber-Strategie“ handelt; die Erfahrungen der letzten Jahre hat uns gelehrt wie verlässlich eine solche Strategie in der Realität umgesetzt werden kann.

Unser Fazit: Für die Realisierung sprechen vor allem wirtschaftliche Überlegungen, Vorbehalte sind aus raumplanerischer Sicht begründet, der Querverweis zum Wakkerpreis wurde bereits gemacht. Vielleicht spricht auch dagegen, dass möglicherweise indirekte Kostenfolgen für die Gemeinde entstehen können. Fast mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass – wenn der Bike-Park erfolgreich ist – die Infrastruktur rund um Oberried der Entwicklung des Bike-Parks angepasst werden muss. Zu dieser Ja-aber-Konstellation hat die BDP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Eine konkrete Bemerkung zur Botschaft: Auf Seite 11 ist das ganze Gelände abgebildet. Dort sind 7'500 m² aufgeführt. Wir bitten darum, die Gesamtfläche von etwas mehr als 3 Hektaren, welche die Planungszone umfasst, zu erwähnen.

Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (EVP): Ich teile die Haltung der CVP/EVP/GLP-Fraktion mit: Thömus ist eine jahrelange Geschichte und ich habe diese seit dem Start miterlebt. Die Innovation in Oberried hat die rechtlichen Schritte immer wieder überholt, so dass aus rechtlicher Sicht jeweils nur provisorische Lösungen möglich waren. Zu lesen ist, dass 2006 zum letzten Mal mit einer Lösungsbemühung begonnen wurde und heute – 2013 – liegt uns ein Vorschlag vor. Wir sehen es als rechtlich dringend notwendig an, dass nun endlich eine Lösung zustande kommt. Der lange Weg hierzu ist für mich ein Grund, über die Existenzberechtigung dieser Firma in Oberried nachzudenken. Zur Einschränkung der Entwicklung hätte man diverse Chancen gehabt, die aber verpasst worden sind. Ich nenne hier lediglich die Eröffnung der Snow-Farm 1997. Die 20-jährige Geschichte dieser Firma ist in meinen Augen eine gewisse Legitimation der Existenz.

Wo liegen die Probleme? Ich weiss es nicht genau und vielleicht müssen auch nicht mehr alle eruiert werden, die während dieser langen Geschichte entstanden sind. Heute liegt uns ein Projekt mit einem abgespeckten Bike-Park vor. Gleichzeitig konnten diverse Regelungen gefunden werden wie über die Grösse, die Anzahl Fahrten, die Änderungen des Sortiments aufgrund der Redimensionierung des Betriebs. Wir haben Regelungen über Öffnungszeiten oder dass kein Flutlicht realisiert wird. Wir haben Fahrten- und Eventbeschränkungen.

Am Schluss von alle dem gibt es noch Sanktionsmassnahmen, um vielleicht auch bei Überschreitungen eine gewisse Genugtuung bei jenen Anwohnenden zu erwirken, die dem Ganzen immer skeptisch gegenüber standen. Es erstaunt auch, dass viele Gesellschaften bzw. Stiftungen wie Pro Natura oder die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz keine Einsprachen eingereicht haben. Einziger Einsprechender war der VCS, der die Einsprache schlussendlich wieder zurückgezogen hat, nachdem Kompromisse erreicht worden sind.

Heute besteht mit der Nutzungsplanänderung namens Bike-Park Oberried eine Lösung. Insgesamt wird damit nun in einer baurechtlich und betrieblich heiklen Situation eine raumplanerisch vertretbare und planungsrechtlich genehmigungsfähige Ordnung geschaffen. Die Anwohnenden und Thömus selber, wie auch die Baubehörde, erhalten Rechtssicherheit in Bezug auf die Grenzen, die Abhängigkeiten und die Entwicklungsspielräume des Bike-Parks und des Verkaufsladens.

Argumente sind bereits viele genannt worden. Lehnen wir nun die Vorlage ab, bleibt erneut über eine längere Zeit eine Rechtsunsicherheit bestehen. Wenn nicht jetzt, wann wollen wir dann dieses Kapitel abschliessen? Beenden wir nun eine Geschichte, die mit einem netten Schuljungen begann – so lernte ich ihn kennen – der zu einem jungen Burschen mit einem Velogeschäft heranwuchs, der durch seinen Fleiss 2006 den Jungunternehmerpreis Schweiz erhielt und zuletzt mit dem Stromer als innovativer weltweiter Unternehmer hervorstach. Mit einer Ablehnung – so habe ich das Gefühl – entsteht definitiv ein Mythos Thömus in Oberried.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung deshalb einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Für ein massgeschneidertes Bike ist eine massgeschneiderte baurechtliche Grundordnung notwendig. Die dem Parlament zur Diskussion vorliegende Überbauungsordnung ist aus der Sicht der SP-Fraktion eine kreative Lösung, die die Grenzen des rechtlich Machbaren ausreizt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine jahrelangen Bemühungen, für die Sache Thömus eine Lösung zu finden. Wir regeln hier eine Geschichte, die schon lange einer Lösung harret. Eine Lösung, die in den Augen der SP-Fraktion viele Anliegen auf einem Bike vereinen kann.

Der SP-Fraktion sind vor allem folgende Punkte wichtig: Erstens kann Thömus mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung sein Geschäft innerhalb von klaren Rahmenbedingungen auf Könizer Boden weiterführen. Die vorliegende Lösung dient vorab der weiteren Vermarktung der sehr erfolgreichen Geschäftsidee Hightech vom Bauernhof. Daran ist nichts falsch. Mit der Zustimmung zur neuen Überbauungsordnung kann Thömus in Oberried bleiben, so können mindestens 25 Arbeitsplätze erhalten bleiben und – das ist auch nicht zu verachten – der Gemeinde Köniz wird nach wie vor zu einem positiven Image verholfen. Somit darf die Gemeinde Köniz weiter von sich behaupten, die Brutstätte eines erfolgreichen Bike-Unternehmens mit internationalem Brand zu sein. Zweitens hat der Gemeinderat mit dem Bike-Park Oberried eine massgeschneiderte Lösung zusammengestellt, die genau auf die speziellen Bedürfnisse eines innovativen Könizer Unternehmens passt. Vor allem kann sie nicht einfach an anderer Stelle per copy paste kopiert werden. In den Augen der SP-Fraktion wird damit in keiner Weise ein Präjudiz geschaffen. Wir sagen damit nicht, dass nun jeder Landwirt oder jeder Kleingewerbler seinen Betrieb beliebig in der Landwirtschaftszone ausweiten darf. Der Gemeinderat hat der GPK versichert, dass er aufgeräumt hat und keine weiteren sich ausdehnenden schwarzen Planungspendenzten mehr in den Katakomben des Gemeinderats befinden. Drittens legt uns der Gemeinderat in Sachen Verkehr eine strenge Überbauungsordnung vor. Liest man diese, sieht es nach einer gewissen Überreglementierung aus. Das ist jedoch in diesem sensiblen ländlichen Teil von Köniz sicher richtig. Dass ein Betrieb wie Thömus in diesem ländlichen Teil der Gemeinde Köniz Mehrverkehr bringt, ist Fakt. Daher muss dieser in klaren Bahnen verlaufen. Die vorliegende Lösung überzeugt offenbar auch kritische Stimmen des VCS, der seine Einsprache mittlerweile zurückgezogen hat. Dies aufgrund von Zusagen, welche Thömus in Sachen Verkehr machte. Sind wir ehrlich: Wenn der motorisierte Individualverkehr überall zunimmt, tut er das auch im ländlichen Teil von Köniz und dies nicht nur aufgrund eines Bike-Geschäfts in Oberried. Ein weiterer, der SP-Fraktion wichtiger Punkt ist folgender: Die Abgeltung des planerischen Mehrwerts ist rechtzeitig anzugehen; Thömus bietet Hand dazu. Das Beispiel Crucell zeigt, dass die Gemeinde in dieser Frage nicht vorsichtig genug vorgehen kann. Aus der Sicht der SP-Fraktion ist sicherzustellen, dass kein Mehrwert durch Thömus abgeschöpft werden kann, wenn er denn diesen Bike-Park doch nicht realisieren würde.

Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung grossmehrheitlich zu, lediglich ein Mitglied äusserte sich kritisch dazu.

Beat Haari (FDP): Ich muss mich korrigieren, da ich den Antrag der GPK nicht wortgetreu von mir gegeben habe, sondern sinngemäss und möchte dies hier korrigieren. Der Antrag lautet: „Der Einwohnergemeinde Köniz werden *durch die Genehmigung der Überbauungsordnung* keine Kosten entstehen, weder durch den weiteren Planungsprozess, noch durch die Erschliessung, noch durch die Realisierung des Bike-Parks.“

Heinz Nacht (SVP): Man muss nun nicht befürchten, dass der Bike-Park eine grosse Attraktion wie z. B. der Gurten-Trail wird und extrem viele Fahrten darauf stattfinden werden. Man kann ihn auch nicht mit den Bike-Regionen am Wiriehorn, in Kandersteg oder in Gstaad vergleichen. Vielmehr soll der Bike-Park für die Anwohnenden in der Region Köniz und Bern sein. Vor allem soll er für die Jungen sein. Es wäre doch cool, wenn die Jugendlichen von Thömus Future auf den neuen Bike-Pisten fahren könnten und dadurch vielleicht noch das eine oder andere Kind mehr fürs Biken gewonnen werden könnte. Wichtig zu wissen ist auch Folgendes: Die Idee des Bike-Parks ist, dass z. B. Firmen-Events durchgeführt werden könnten und vor allem, dass Kaufinteressenten von Velos diese gleich vor Ort testen können.

Der Fall Crucell wurde hier bereits erwähnt. Der in meinen Augen grosse Unterschied besteht hier, dass die Leitung von Crucell irgendwo in Holland und in den USA ansässig ist. Die Besitzer von Thömus AG sitzen zurzeit hier im Saal und sind in Oberried und Oberscherli wohnhaft und ich hoffe, schon bald im Spiegel.

Zum Verkehr: In den letzten drei Jahren konnten die Fahrten nach Oberried fast um die Hälfte reduziert werden. Dies dadurch, dass die Herstellung der Fahrräder – das Zusammensetzen - nach Thörishaus verlegt worden ist. Zur Reduzierung der Fahrten hat auch beigetragen, dass inklusive Bern 12 weitere Standorte von Thömus in der ganzen Schweiz geschaffen worden sind, wo der Service an Fahrrädern vorgenommen werden kann.

Schlussendlich: Was nützt es uns, wenn die Gemeinde Köniz zwar den Wakkerpreis gewonnen hat, aber niemandem gezeigt werden darf? Es wäre doch cool, wenn man mit dem Fahrrad nach Oberried fährt, die Bikerpiste benützt, vielleicht etwas trinkt und zufrieden wieder nach Hause fahren kann. Von Oberried aus sieht man übrigens sehr viel von der Gemeinde Köniz. Die Gemeinde Köniz soll nicht nur zum Schlafen und Essen gut sein, sondern auch für die Freizeit.

Markus Willi (SP): Ich bin jener mit dem kritischen Votum aus der SP-Fraktion. Ich erlaube mir hier eine kurze Stellungnahme, weshalb ich dem Antrag des Gemeinderats nicht zustimme. Die Flughöhe auf welcher ich mir meine Gedanken gemacht habe, ist die „gyselsche Makroebene“. Ich will mich nicht zu Verkehrstechnik, Parkplätzen usw. äussern, sondern es geht mir um etwas anderes: Die Schaffung einer Sonderlösung zum Erhalt des Standorts Oberried dient erstens zur Durchsetzung von wirtschaftlichen Einzelinteressen. Man schafft erstens eine Ungleichheit, produziert damit vielleicht sogar weitere Begehrlichkeiten an anderen Standorten in der Gemeinde Köniz. Wer kann dies zum jetzigen Zeitpunkt beurteilen? Jetzt – so wage ich zu behaupten – kann dies niemand. Hier teile ich die Meinung der Anwohnenden, die sagen, dass mit der anstehenden Ortsplanungsrevision versucht werden soll, Thömus auf einem verträglichen und nachhaltigen Weg zu legalisieren. Zweitens unterstützen wir mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung vor allem die Aufrechterhaltung des Images von Thömus, Hightech vom Bauernhof. Es geht zwar schon – aber nicht primär – um die reine Sicherung von Arbeitsplätzen in der Gemeinde Köniz. Es geht aber vor allem um die Aufrechterhaltung der Grundpfeiler von Thömus Marketingkonzept. Sobald dieses Konzept nicht mehr stimmt, ist Thömus aus Oberried genauso schnell weg wie Crucell aus Thörishaus. Der nun betriebene Aufwand steht demnach in keinem Verhältnis zum Ertrag. Drittens ist für mich als Pädagoge die Aussage, bzw. das Commitment, man wolle Kinder und Jugendliche mittels Kursen und Training ans Biken heranführen, schwierig nachvollziehbar und zu bewerten, wenn man weiss, dass der geplante Bike-Park eigentlich nur ein planerischer Unterzug für die nachträgliche Legalisierung einer Lösung ist, die dieser Standort nie hätte haben dürfen. Ein Interesse an einer Weiterentwicklung oder Ausbildung von Jugendlichen und Kindern ist unabhängig davon zu machen, ob das Geschäft läuft oder nicht.

Ich habe für diesen Entscheid sehr lange mit mir gerungen, vor allem auch weil Thömus mit der Innovationskraft aufzeigt, was heute ein KMU grundsätzlich alles erreichen kann. Das ist per se unterstützenswert. Zudem ist mir Thomas Binggeli, wie den meisten hier im Saal, als Person und Unternehmer äusserst sympathisch. Aber, ich habe bei meiner Bewertung eindeutig die Situation des Gemeinschaftsinteresses über das Einzelinteresse gestellt. Zuletzt stellte ich mir die Frage: Hätte man bei einem Unternehmer, der könizweit nicht über eine so hohe Reputation verfügt, ähnlichen Aufwand betrieben und wäre man zum gleichen Schlussresultat gelangt?

Hans Moser (SVP): Meine ganze Familie ist im Besitz von Thömus-Velos und Skis. Wie viele Votanten bereits gesagt haben, soll Thömus aufgrund seiner Innovation doch unterstützt werden. Andere haben hier aber festgehalten, dass der Verlust dieses Kulturlands eine Bagatelle sei, da es sich um nicht gutes Land handle und der Verlust von 3 Hektaren nicht tragisch sei. Als Landwirt halte ich hier fest, dass der Verlust von 3 Hektaren eine Existenzgefährdung für einen Landwirtschaftsbetrieb bedeuten können. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, dass der Verlust von 3 Hektaren Kulturland in Oberried eine Bagatelle sei und dass das Gelände ja grün bleibe und Schafe darauf weiden können. Es handelt sich um Kulturlandverlust für die Landwirtschaft. Was sich nicht in der Landwirtschaftszone befindet, ist nicht direktzahlungsberechtigt und das kann für einen Landwirt existenzgefährdend sein.

Ich habe folgende Frage: Was passiert, wenn bei der Annahme des Geschäfts die Einsprachen aufrechterhalten bleiben?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zuerst danke ich dem GPK-Referenten Beat Haari herzlich für seine ausgezeichnete Einführung. Ich kann mich auch mit den Korrekturen in der Abstimmungsbotschaft einverstanden erklären. Ich selber habe auch eine Korrektur anzubringen: Auf Seite 5 der Abstimmungsbotschaft, sind unter dem Titel „Grundzüge der Biker-Anlagen (Sektoren B-D), falsche Zahlen aufgeführt, die wahrscheinlich auf das falsche Lesen des Massstabs zurückzuführen sind. Ich halte hier aber fest, dass an den 3 Hektaren nichts ändert. Die Fläche A beträgt 7'146 m², die Fläche B 6'441 m², Fläche C 5'754 m² und Fläche D 10'649 m², was insgesamt 29'990 m² ergibt. Ich entschuldige mich für den Fehler.

Zu den Fragen: Es wurde gefragt, ob im Rahmen der Ortsplanungsrevision andere illegale Betriebe nachträglich legalisiert werden. Dem ist nicht so. Es gibt sistierte Baugesuche, wie z. B. jenes für einen Gewerbebetrieb in einer Landwirtschaftszone, bis aufgrund der Ortsplanungsrevision in diesem Ortsteil – es handelt sich um ein Beispiel aus Mittelhäusern – eine gemischte Zone realisiert werden kann. Verschiedentlich wurde während meiner Amtszeit gewissen Personen Wiederherstellungsverfügungen angedroht, eine einzige musste durchgeführt werden. Die Androhung genügte meistens, damit illegale Betriebe geräumt worden sind.

Ich korrigiere die Aussage von Mathias Rickli in Bezug auf Crucell. Er hat festgehalten, dass Crucell mit dem Wegzug gedroht habe, wenn die Zonenplanänderung nicht zustande kommt. Das kann so nicht gesagt werden, sondern Crucell wollte mit der Zonenplanänderung der Mutterfirma in den USA ein Angebot machen, damit man bereit ist, in der Schweiz ausbauen zu können, wenn denn der Schweizer Standort ausgebaut werden sollte. Die Firma ist noch nicht weg, sondern zurzeit läuft ein Konsultationsverfahren.

Zur Frage von Hans Moser, was passiert, wenn die Einsprachen aufrechterhalten bleiben: Der Gemeinderat wird Antrag auf Abweisung der Einsprachen ans AGR stellen und nach der Volksabstimmung wird beim AGR darüber entschieden. Wenn das AGR nicht im Sinn der Einsprechenden entscheiden sollte, können die Einsprachen weitergezogen werden.

Als ich 2006 als Gemeinderätin in der DPV startete und das Thema Thömus aufs Tapet brachte, hatte der Gemeinderat nur zwei Möglichkeiten: Thömus zum Rückbau zu verknurren, was jedoch nicht einfach gewesen wäre, nachdem die Firma seit 1996 existierte und die Rechtslage nicht ganz klar war, weil ein Teil des Betriebs über eine Bewilligung verfügte. Mit dem Rückbau wäre eine innovative Firma vernichtet worden, die 2006 den Jungunternehmerpreis erhalten hatte. Seitdem wir am Bike-Park sind, wurde Thömus immer bekannter und inzwischen ist bereits das nächste Erfolgsmodell, der Stomer, entwickelt worden, der von weltbekannten Persönlichkeiten gefahren wird. Die andere Möglichkeit für den Gemeinderat war der Versuch, für den Betrieb eine legale Lösung zu finden. Diesen Weg sind wir gegangen. All jenen, die der Lösung gegenüber kritisch sind, halte ich entgegen: Welche Alternative wäre sonst noch vorhanden gewesen? Wie den Unterlagen entnommen werden kann, war die Lösungssuche nicht einfach und dauerte lange. Was mir ganz wichtig ist: Es handelte sich um ein Geben und Nehmen. Wir legten Thömus keinen roten Teppich aus, sondern Thömus muss auf vieles verzichten. Mit der vorliegenden Überbauungsordnung, die viel detaillierter ist als eine Zone mit Sport und Freizeit, wurde Thömus in ein sehr enges Korsett gelegt, in das er sich auch legen liess. Was möglich war zu regulieren, wurde vorgenommen: Der Verkehr, die Ausgestaltung der Pisten. Für die Ausgestaltung der Pisten muss ein externer Fachmann beigezogen werden. Thömus muss auch für einen ökologischen Ausgleich besorgt sein.

Den Nachbarn und den Einsprechenden, die sich nun wehren, halte ich entgegen, dass Sie sich mit der ÜO dagegen wehren können, sollte Thömus z. B. das Fahrtenkontingent überschreiten. Die Fahrten werden mittels Schlaufe direkt vor Thömus gezählt und diese Zahlen werden öffentlich zugänglich sein.

Werden die Zahlen nicht eingehalten, werden Massnahmen ergriffen. Thömus muss auch Dienstbarkeiten mit jenen Landwirten abschliessen, auf deren Land bei Grossanlässen parkiert wird. Das ist mit dem Begriff Rechtssicherheit gemeint und ich bin der Meinung, dass hier ein grosser Fortschritt erreicht worden ist.

Aus all den genannten Gründen stehen der Gemeinderat, aber auch der Kanton, der in die ganze Geschichte involviert war, hinter dem Vorhaben. Der Gemeinderat beantragt die Unterstützung des Vorhabens. Entsprechende Vorschriften sind geschaffen worden, es besteht Rechtssicherheit bei der Entwicklung des Bike-Parks. Thömus ist verpflichtet, den Bike-Park zu errichten. Wir unterstützen mit der Vorlage einen innovativen Unternehmer und grossen Imageträger aus der Gemeinde Köniz.

Christian Burren (SVP): Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hat vorhin festgehalten, dass keine illegalen Gewerbebetriebe mehr vorhanden sind, jedoch sistierte Baugesuche von Gewerbebetrieben in der Landwirtschaftszone, für die in der Ortsplanungsrevision so genannte Mischzonen geschaffen werden sollen. War das für Thömus keine Option?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Das ist keine Option für Thömus. Die betroffenen Gesuche befinden sich nahe einer Bauzone oder in einem Dorfkern, der sich jetzt noch in der Landwirtschaftszone befindet. Für Thömus wäre so die berühmt-berüchtigte Inselzone geschaffen worden, die nicht geschaffen werden darf. Die Legalisierung ist nur mit einer Zone für Sport und Freizeit möglich. Für Gewerbebetriebe dürfen in der Landwirtschaftszone keine Inselzonen geschaffen werden.

Beschluss

Mit 23 zu 5 Stimmen und 9 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Überbauungsordnung "Bike-Park Oberried mit Änderung der baurechtlichen Grundordnung" wird zugestimmt.

Beschluss

Der Änderungsantrag der GPK wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Wenn die Redaktionskommission inhaltliche Änderungen an der Abstimmungsbotschaft vornehmen soll, muss dafür ein Antrag vorliegen, was nicht der Fall ist. Dementsprechend tritt die Redaktionskommission zwar in Aktion, korrigiert jedoch nur die offensichtlichen Fehler und fügt zusätzlich die Pro- und Kontra-Argumente aus der heutigen Parlamentssitzung in die Abstimmungsbotschaft ein.

Beschluss

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten mit der beschlossenen Änderung und den Wortlaut des Stimmzettels.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

3. Beschaffung Kommunalfahrzeug

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Akten dazu, den Bericht und Antrag des Gemeinderats haben Sie mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Das Vorgehen: Zuerst äussert sich der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich werfe den Stein nicht ins Parlament, auch nicht aus dem Fenster, sondern ich vertrete hier mein letztes Geschäft als GPK-Mitglied. Bei der Verabschiedung aus der GPK hat mir der Präsident, Andreas Lanz, für den Kampf gegen übertriebene Strassensanierungen den „Orden des goldenen Randsteins“ verliehen. Ich danke ihm dafür und hoffe, dass meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin in der GPK dereinst auch ein solcher Orden verliehen wird.

Der Zusammenhang zu diesem Geschäft: Auch goldene Randsteine müssen von Schnee, Eis und Laub befreit werden. Es handelt sich um ein „copy-paste-Geschäft“. Bereits am 17. September 2012 berieten wir über ein identisches Geschäft. Sie konnten die Unterlagen prüfen. Ich teile Ihnen lediglich mit, was zwischen copy und paste passiert ist: Die Gemeinde verfügte über zwei Mitsubishi-Allrad-Fahrzeuge. Das erste wurde vor einem Jahr ersetzt, weil sich zeigte, dass die Fahrzeuge nicht mehr für starke Belastungen gebaut sind, sondern eher dafür, in Einkaufszentren zu fahren. Auf simap.ch wurde eine Ausschreibung platziert und daraufhin sind von den Firmen Meili, Bucher und Agromont drei Offerten eingegangen. Letztere war 25'000 Franken teurer. Der Entscheid fiel damals auf die Offerte der Firma Meili. Das Fahrzeug wurde bestellt und eine Woche vor der Lieferung gab der Mitsubishi seinen Geist endgültig auf. Aufgrund des Totalschadens konnte der Mitsubishi nicht mehr zum budgetierten Preis verkauft werden, was eine Budgetüberschreitung zur Folge hatte. Nach einem Jahr Erfahrung mit dem Meili-Fahrzeug kann folgendes Fazit gezogen werden: Der Treibstoffverbrauch ist mit 5,2 Liter/Stunde niedrig. Dank Eco-drive-Kursen, die von den Mitarbeitenden besucht worden sind, konnte der Verbrauch um 1 bis 2 Liter gesenkt werden. Das Fahrzeug verfügt über Euro-5-Partikelfilter und ist auf 45 km/h beschränkt. Vor einem Jahr wurde kritisiert, dass dies zu Zeitverlusten führen würde. Die Erfahrung zeigt nun, dass von Niederwangen bis zum Werkhof ein Zeitverlust von 30 bis 60 Sekunden entsteht, was tragbar ist. Das jetzt zur Anschaffung vorgesehene Fahrzeug verfügt über eine Doppelkabine, einen Schneepflug, einen Salzstreuer und einen Laubsauger. Mit dem Fahrzeug können Fahrten eingespart werden, was zu Arbeitserleichterungen führt.

Zu den Finanzen: Die Investition beträgt insgesamt 260'000 Franken. Die Aufschlüsselung: Das Fahrzeug kostet 195'000 Franken, der Schneepflug 20'000 Franken, der Salzstreuer 30'000 Franken und der Laubsauger 15'000 Franken. Das Fahrzeug ist 20'000 Franken teurer budgetiert als das letzte. Dies aufgrund der zur Anschaffung vorgesehenen Doppelkabine und der Einberechnung einer Reserve. Da beim Schneepflug die Anschaffung des teureren Modells vorgesehen ist, kostet er 5'000 Franken mehr als letztes Mal. Im IAFP sind 190'000 Franken für die Anschaffung eingestellt, die fehlenden 70'000 Franken werden mit dem Felsabbau beim Gurten-Vorplatz kompensiert, da dieser erst 2014 in Angriff genommen werden kann. Die Anschaffung des Fahrzeugs wird wiederum auf simap.ch ausgeschrieben. Die Kupplungen für den Schneepflug und die Anhänger sind genormt, man ist deshalb nicht verpflichtet, wieder ein Meili-Fahrzeug anzuschaffen. Ins Gewicht fällt, dass die Betriebskosten des Meili mit 1'600 Franken/Jahr deutlich günstiger sind als jene des Mitsubishi mit 3'000 Franken/Jahr. Die LSVA wird pauschal beglichen.

Bei diesem letzten GPK-Geschäft fand ich kein Haar in der Suppe und deshalb empfiehlt Ihnen die GPK mit 6 : 0 Stimmen, dem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Ippen hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Die Darstellung und Begründung des Geschäfts überzeugen uns. Auch dass in Zukunft bei grösseren Arbeiten nicht mehr mit zwei Fahrzeugen ausgerückt werden muss, sondern 6 Mitarbeitende in einem Fahrzeug Platz finden, ist in unseren Augen gut. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeitenden gut ausgerüstet sind und somit effizient arbeiten können. Das kommt schlussendlich billiger und strapaziert die Nerven der Mitarbeitenden weniger.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Im September 2012 haben wir bereits über die Beschaffung eines Kommunalfahrzeugs beraten. Das seinerzeit evaluierte Fahrzeug Meili 7000 hat den Dienstzweig Unterhalt überzeugt; die ökologischen und ökonomischen Vorteile stechen auch beim zweiten Modell Meili 7000 mit Doppelkabine wieder hervor. Aus dem Geschäft von 2012 ist bereits bekannt, dass weder Mitsubishi noch Iveco weiterhin solche Fahrzeuge herstellen. Zudem hat das seit Januar 2013 im Einsatz stehende Kommunalfahrzeug die Mitarbeitenden des Dienstzweigs Unterhalt überzeugt; es hat eine gute Übersicht, die Wendigkeit ist sehr gut und es eignet sich bestens für den Winterdienst. Der Treibstoffverbrauch ist gering. Man(n) kann sagen, dass der erste Meili 7000 des Schweizer Fahrzeugherstellers und Familienbetrieb Schübelbach die Herzen der Benutzer erobert hat. Vielleicht ist dies mit ein Grund, dass für die Zweitbeschaffung eine Doppelkabine für den Transport von maximal 6 Personen angeschafft werden soll. Unter den aufgeführten Arbeiten, welche die Mitarbeitenden des Dienstzweigs Unterhalt vornehmen, sind unter anderen auch Belagssanierungsarbeiten und Baustellen genannt. Wir erlauben uns dazu eine Bemerkung: Die Gemeinde Köniz sollte darauf achten, dem lokalen Gewerbe nicht allzu sehr durch Eigenleistungen Arbeit wegzunehmen.

Zum Fahrzeug: Das wiederum wartungsfreundliche und sicher sorgfältig verarbeitete Fahrzeug Meili 7000 hat eine Nutzungsdauer von 12 bis 15 Jahren. Im stattlichen Preis von 260'000 Franken sind – wie beim ersten – der Salzstreuer, der Schneepflug und der Laubsauger enthalten. Dafür sind zwei Richtofferten eingeholt worden, von Meili und von Silent AG.

Die FDP-Fraktion hat bereits bei der Anschaffung des ersten Meili im September 2012 einige Fragen gestellt. Hansueli Pestalozzi hat aus irgendeiner Quelle vernommen, wie hoch die Betriebskosten sind. Das war im Antrag nicht ersichtlich. Wir hätten gerne auch die Anzahl Fahrzeuge des Fuhrparks der Gemeinde Köniz gewusst, wie auch die Kriterien für ein Kommunal- oder Spezialfahrzeug bei der Beschaffung und ob es in den Fuhrpark passt, ob ein Leasing möglich ist und wie hoch die Betriebskosten der geplanten Errungenschaften zu Buche schlagen. Einige Antworten haben wir durch Selberstöbern in den Unterlagen herausgefunden, einige hat nun Hansueli Pestalozzi beantwortet. Wir hätten uns grundsätzlich erhofft, dass bei diesem Antrag eine Übersicht mit den aktuellen Angaben mitgeliefert wird. Wir bitten die zuständige Direktion, dieser Forderung beim nächsten vom Parlament zu bewilligenden Kreditantrag für ein Kommunal- oder anderes Fahrzeug nachzukommen.

Mit dem Dank für die heute vorliegenden Unterlagen und voller Zuversicht für die angepasste Ausstattung der zukünftigen Anträge, stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich freue mich über die zustimmenden positiven Voten, speziell auch, dass Hansueli Pestalozzi in seinem letzten Geschäft als GPK-Vertreter kein Haar im Kommunalfahrzeug bzw. in der Suppe gefunden hat.

Richtig ist, dass die Anschaffung des Fahrzeugs relativ teuer ist. Für die Mitarbeitenden bedeutet die Anschaffung jedoch eine grosse Erleichterung, müssen sie doch mit dem immer gleich grossen Personalbestand immer grössere Flächen bewirtschaften. Es bedeutet auch eine grosse körperliche Erleichterung, wenn z. B. grosse Laubhaufen mit dem Laubsauger aufgesaugt werden können. Aus dieser Sicht herzlichen Dank für die positive Aufnahme.

Zu Heidi Eberhard: Unser Personal flickt nur Risse in den Strassen, kleinere Löcher oder richtet Randsteine bei Trottoirs. Grössere Arbeiten werden alle ans Gewerbe abgegeben. Wir sind keine Konkurrenz für das lokale Baugewerbe. Für den Dienstzweig Unterhalt arbeiten zwei Gruppen à 3 Männer, die im Sommer jeweils sehr viel Überzeit aus dem Winterdienst kompensieren müssen und oft sogar den kleinen Flickarbeiten nicht nachkommen können. Im Antrag ist beschrieben, wie viele Fahrzeuge wir für den Dienstzweig Unterhalt haben. Insgesamt verfügt die Gemeinde Köniz über ca. 100 Fahrzeuge. Ein Leasing kommt zurzeit nicht infrage. Es sind zwar Abklärungen in Gang, ob ein Teil der Flotte geleast werden könnte; dies im Zusammenhang mit dem Stabilisierungsprogramm und der Werkstattüberprüfung. Ein erstes Fazit: Da die Gemeinde über sehr viele Spezialfahrzeuge – ca. 70 der 100 Fahrzeuge – verfügen muss, d. h. über umgerüstete Fahrzeuge, können diese nicht einfach geleast werden. Die Betriebskosten sind erwähnt worden und ein Kriterium für die Beschaffung des Fahrzeugs ist, dass es in unseren Fahrzeugpark passt, damit wenn möglich jeweils derselbe Ansprechpartner vorhanden ist. Weitere Kriterien legen wir im nächsten Antrag gerne vor.

Beschluss

Für die Beschaffung eines Kommunalfahrzeuges mit Winterdienstgeräten und Laubsauger wird ein Kredit von CHF 260'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr.: 2620.506.0140 "Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen" bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

4. 1103 Postulat (SP Köniz) "Informationsschrift für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund"

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Manchmal ist in einem Geschäft der Wurm drin, auch beim vorliegenden. An der Parlaments Sitzung vom 22. August 2011 hat die damalige Parlamentspräsidentin, Ursula Wyss, darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um ein Postulat handelt und nicht, wie irrtümlicherweise in der Traktandenliste aufgeführt, um eine Motion.

Christoph Salzmann (SP): Ich ergänze hier, dass ich seinerzeit auf diesen Fehler aufmerksam gemacht habe.

Die SP-Fraktion hat sich mit der Abschreibung des Postulats schwergetan. Um was geht es im Postulat? Zur Erinnerung: Vielen Migranteltern ist unser Bildungssystem fremd. Migranteltern kommen oft aus einem Land, das die Lehre als einen guten Weg zur beruflichen Laufbahn nicht kennt. Auf Tamilisch, so Laavanja Sinnadurai, kennt man den Begriff Lehre nicht, auch nicht, dass wir auf Sekundarstufe I eine Leistungsdifferenzierung haben und deshalb von Sekundar- und Realschule sprechen. Das kann dazu führen, dass diese Eltern ihre Kinder entweder überfordern, weil in ihrer Lebenserfahrung nur eine akademische Laufbahn zum Wohlstand führt oder dass sie resignieren, weil die Karriere-Chance einer Lehre nicht erkannt wird. Aus dieser Sicht kommt das Anliegen des Postulats. Das Postulat nimmt nur einen Mosaikstein aus der ganzen Integrationsthematik auf. Es macht jedoch ziemlich konkrete Angaben, was in einem Konzept berücksichtigt werden sollte.

Nach zwei Jahren liegt nun ein Bericht vor. Auf fast drei Seiten legt der Gemeinderat in ausschweifender Art dar, was BEGES (Berner Gesundheit) und die Gemeinde alles an Gutem in der Integrationspolitik leisten. Er fasst zudem das Integrationskonzept sowie das Konzept Kind, Jugend und Familie zusammen. Zwei Konzepte, die auf einer recht hohen Flughöhe ausgelegt sind. Was jetzt Integrations- und Einbürgerungskurse oder ein Frühwarnsystem mit dem Anliegen des vorliegenden Postulats zu tun haben, ist mir nicht ganz klar. In der Antwort bei der Erheblichkeitserklärung zum Postulat vor zwei Jahren ist der Gemeinderat konkreter und präziser auf die Fragen eingegangen. Weshalb nun nicht mehr? Unter Punkt 3, zusätzliche Massnahmen – das tönt nach nebensächlich – zeigt der Gemeinderat endlich in 8 Zeilen konkret auf, wie er das Anliegen von Laavanja Sinnadurai umsetzen will: Mit einer Leistungsvereinbarung für die Jahre 2015 – 2019 der Schulkommission mit den Schulen. Eine Schulkommission, die es noch gar nicht gibt. Danke, dass damit die Anregung von meinem damaligen Votum aufgenommen wurde.

Weshalb tut sich die SP-Fraktion schwer mit der Abschreibung? Wir haben einen ausschweifenden Bericht erhalten, der so nicht verlangt worden ist. Wir haben zwar eine Absichtserklärung zur Umsetzung des Anliegens, kennen jedoch die Verbindlichkeit nicht. Das Postulat regte die Erarbeitung eines Konzepts an, der Gemeinderat will jedoch kein neues erarbeiten. Hätte der Gemeinderat jedoch Punkt 3 nach Zielen, Massnahmen, Zeitplan und Verantwortlichkeiten strukturiert, würde das Konzept vorliegen. Hier sind wir aber wieder einmal an einem altbekannten Punkt angelangt: Gemäss Duden und Wikipedia ist ein Konzept ein grober Plan. Ein Plan für die Umsetzung eines Anliegens kann durchaus als Konzept verstanden werden. Der Gemeinderat ist offenbar aber der Meinung, ein Konzept müsse Gedanken über Gott und die Welt und Allerweltssätze über Absichten aufweisen und in mehr oder weniger konkreten Massnahmen enden, zu denen die Realisierung offensteht, weil immer noch die Finanz-Guillotine über dem Ganzen schwebt.

Ich persönlich habe den Eindruck, dass der Gemeinderat das Postulat liegen liess und im letzten Moment feststellte, dass dem Parlament noch ein Bericht vorgelegt werden muss. Hier wird mir der Gemeinderat jedoch widersprechen. Weshalb folgte die Fraktion an ihrer Sitzung mehrheitlich trotzdem dem Antrag auf Abschreibung? Weil wir nicht daran glauben, dass in zwei Jahren ein Konzept vorliegen wird. Wir setzen darauf, dass die Absichtserklärung in Punkt 3 umgesetzt wird, auch wenn noch kein Konzept vorhanden ist, die Schulkommission noch nicht existiert und deren Mitglieder noch nicht gewählt sind und wir noch nicht wissen, wer die Kommission präsidieren wird. Die Hoffnung stirbt schliesslich zuletzt. Wir hoffen, dass der Gemeinderat genügend sensibilisiert ist, das Anliegen weiterzutragen und ich hoffe, dass die GPK beim Verwaltungsbesuch 2015 dereinst nachprüfen wird. Ich werde dann nicht mehr in der GPK sein und ich danke dem Parlament, wenn dem Antrag auf Abschreibung gefolgt wird.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir haben das Postulat nicht liegen gelassen, wie Christoph Salzmann vorhin ausgeführt hat. Wenn man die Antwort des Gemeinderats liest, ist festgehalten, dass bereits einiges vorgenommen worden ist. Die Leistungsvereinbarungen werden jeweils von den Schulkommissionen mit ihren Schulen vorgenommen und nicht mit der neuen Schulkommission, die dann kommen wird. Wir haben bereits bis anhin Leistungsvereinbarungen vorgenommen, es handelt sich nicht um ein neues Mittel.

Der Antwort des Gemeinderats kann entnommen werden, in wie vielen Sprachen die Informationsschreiben verfasst werden. Das war Laavanja Sinnadurai ein grosses Anliegen. Im Lehrplan ist der Auftrag formuliert, dass Informationsschreiben abzugeben sind. Das ist ein wesentlicher Punkt. Die Schulkommission wird eine Leistungsvereinbarung mit den Schulen vornehmen und das wird von Nutzen sein, vor allem für die Eltern mit Migrationshintergrund. Die Eltern selber müssen sich aber auch bemühen, unsere Sprache zu lernen.

Ich gebe Ihnen einen Eindruck mit, den ich im Muki-Deutsch-Treff erhalten habe, der seit 2013 angeboten wird: Anlässlich eines Besuches durfte ich feststellen, wie die Sache läuft und dass Muki-Deutsch eine der wichtigsten Massnahmen ist. Mütter und Väter besuchen den sehr niederschweligen Treff mit ihren Kindern. Hier können Eltern mit Migrationshintergrund aktuelle Probleme schildern. Mit fast allen Elternteilen konnte ich mich auf Deutsch unterhalten und das erstaunte mich. Die Sprache selber wird also zu einem grossen Teil gelernt. Man könnte zwar über die Qualität der Sprache diskutieren, aber in einem fremden Land kann auch ich die Landessprache nicht sofort perfekt sprechen. Das eigentliche Problem liegt aber anderswo: Nicht nur die Sprache, sondern die Gepflogenheiten des Landes und was in der Schule passiert, müssen die Eltern mit Migrationshintergrund irgendwo lernen. Genau diese Informationen erhalten sie anlässlich der Muki-Deutsch-Treffs vermittelt. Ich habe grosse Bewunderung für jene, die solche Treffs führen. Ich durfte auch feststellen, dass Freundschaften entstehen. Das ist für mich Integration. Nicht nur der Treff, der jeweils am Mittwoch-Nachmittag für zwei Stunden stattfindet, sondern die Freundschaften die daraus entstehen und bewirken, dass sich Personen mit Migrationshintergrund zu fragen trauen, wo und wie man sich die notwendigen Informationen holen kann. Der Muki-Deutsch-Treff ist – nebst den Informationen, die in den Schulen in verschiedensten Sprachen abgegeben werden – eine äusserst wichtige Institution. In dem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzuschreiben. Ich halte hier noch fest, dass der Gemeinderat kein weiteres Konzept erstellen lassen wollte. Ich weiss nicht, ob dies vielleicht deshalb war, weil vom Parlament in den letzten vier Jahren die Erarbeitung von vielen Konzepten verlangt worden ist und er nun genug hatte. Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass mit den vorhandenen Konzepten genügend Material da ist.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. 1108 Postulat (Grüne Köniz) "Fachstelle Veloverkehr"

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Jan Remund (Grüne): Wir forderten eine Fachstelle Veloverkehr und haben eine Fachstelle Langsamverkehr erhalten. Wir erklären uns damit grundsätzlich einverstanden und danken dem Gemeinderat für die Schaffung dieser Fachstelle.

Einige grundsätzliche Bemerkungen dazu: Veloverkehr ist Schnellverkehr und nicht Langsamverkehr; die Namensgebung Langsamverkehr ist deshalb nicht ganz richtig. Velo- und Fussverkehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, beide sind sehr wichtig und ergänzen sich. Trotzdem ist aus unserer Sicht etwas mehr Gewicht auf dem Veloverkehr notwendig, denn langfristig kann die Energiewende nur mit der Förderung des Veloanteils auch realisiert werden. Uns ist aufgefallen, dass die Fachstelle Langsamverkehr im Internetauftritt der Gemeinde nicht sichtbar ist. Unsere Forderung ist, dass diese Fachstelle auch von aussen wahrgenommen wird. Ich habe bereits gehört, dass hier an Verbesserungen gearbeitet wird. Mit der Schaffung dieser Fachstelle ist die Ausgangslage für die Verbesserung des Velo- und Fussverkehrs geschaffen worden. Auch bestehen bereits einige Konzepte. Nun gilt es, diese auch zu nützen. Ich will in den nächsten Jahren konkrete Umsetzungen sehen. Um nur drei Beispiele zu nennen: In Zukunft sollten die Velostreifen während der Winters besser vom Schnee befreit werden als zurzeit. Auch sollten mehr Velowegweiser errichtet und nicht zuletzt auch neue Velowege, z. B. durch den Schlosspark realisiert werden.

Die Fraktion der Grünen Köniz stimmt der beantragten Abschreibung zu, wird aber die Situation im Auge behalten und je nachdem neue Forderungen stellen.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass das vorliegende Postulat wie eine Motion umgesetzt worden ist. Aus der Sicht der FDP-Fraktion braucht es den Veloverkehr und dafür vor allem eines: Eine gute Infrastruktur. Das sind vor allem zwei Punkte: Gute und schnelle Velowege mit guten Verbindungen und sichere Veloabstellplätze. Die Einrichtung einer Fachstelle Langsamverkehr als Förderung erachten wir als eher ungeeignete Massnahme. Es ist sinnvoller, die vorhandenen Mittel direkt in die Infrastruktur zu investieren.

Wir haben noch zwei Fragen zur vorliegenden Antwort: Uns interessieren erstens die effektiven Kosten für die Fachstelle Langsamverkehr. Zweitens fragen wir, ob es sich um einen Zusatzaufwand handelt oder ob diese Fachstelle kostenneutral eingerichtet werden konnte.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Es handelt sich um eine pragmatische Umsetzung des Postulats, auch wenn Bernhard Bichsel festgestellt hat, dass der Vorstoss wie eine Motion behandelt worden ist. Die SP-Fraktion sieht die Umsetzung als sehr gut an. Gerade im IAFP ist ersichtlich, dass die Fachstelle Langsamverkehr notwendig ist, denn bis anhin waren die Finanzen für den Veloverkehr beim motorisierten Individualverkehr angesiedelt. Ich denke, dass es sehr gut ist, wenn der Veloverkehr nun über eigene Mittel verfügt. Es macht Sinn, die Gelder für den Veloverkehr von jenen für den motorisierten Individualverkehr zu trennen, denn mehr Velos anstelle von Autos heisst weniger Stau für die Autofahrenden. Dass die neue Fachstelle die Bezeichnung „Fachstelle Langsamverkehr“ trägt, ist nur deshalb korrekt, weil auch die Wanderwege in dieser Fachstelle integriert sind. Im Gegensatz zu Bernhard Bichsel sind wir der Meinung, dass die Einrichtung einer Fachstelle Langsamverkehr richtig ist, denn gerade beim Veloverkehr kann mit oft kleinen Interventionen sehr viel herausgeholt werden. Bei Planungen im Bereich Verkehr muss der Veloverkehr stets im Auge behalten werden, weil damit oft mit geringen Interventionen viel Geld gespart werden kann. Die SP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung einstimmig zustimmen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die mehrheitlich zustimmenden Voten zum Postulat, das richtigerweise fast wie eine Motion umgesetzt worden ist. Ich denke, dass es wichtig ist, dass nun eine Person für den Langsamverkehr verantwortlich ist. Wir nennen die Fachstelle bewusst Langsamverkehr, weil aus unserer Sicht beides gefördert werden muss, sowohl der Velo- als auch der Langsamverkehr.

Zu den Fragen von Bernhard Bichsel, der die effektiven Kosten für die Fachstelle Langsamverkehr wissen will: Es wird eine Person mit einem 60-Prozent-Pensum angestellt. In der Antwort haben wir ausgeführt, dass 200'000 Franken aus der Laufenden Rechnung und knapp 500'000 Franken aus der Investitionsrechnung für das neue Produkt Veloverkehr zur Verfügung gestellt werden. Mit frei gewordenen Mitteln für Lärmschutzmassnahmen, die nicht realisiert werden müssen, konnte das Produkt Langsamverkehr im IAFP verankert werden. Mit der Schaffung dieser Fachstelle besteht eine grössere Transparenz, denn nun ist ersichtlich, was für den Langsamverkehr wirklich eingesetzt wird. Das ist für Sie alle sehr hilfreich. Wir haben nun die Möglichkeit, uns für den Langsamverkehr einzusetzen und haben dafür auch ein entsprechendes Budget. Ich halte hier aber fest, dass ich ernüchert darüber bin, was in Bezug auf die Verkehrsverbindungen des Langsamverkehrs passiert ist. Gefordert wurde, dass neue geschaffen werden. Wir haben an drei Stellen versucht, neue Langsamverkehrsverbindungen zu schaffen. Jedes Mal sind wir aber an Grundeigentümern gescheitert, die nicht Hand für diese Verbindungen bieten wollten. Ich muss feststellen, dass die Schaffung von neuen Veloverbindungen nicht einfach und nicht billig zu haben ist. Wir bleiben aber dran.

Ich bitte Sie, der beantragten Abschreibung zuzustimmen. Wir werden weiter darüber informieren. Das Produkt Langsamverkehr erscheint nun auch im Verwaltungsbericht.

Bernhard Bichsel (FDP): Ich hätte gerne noch Antwort auf meine Frage, ob für die Schaffung der Fachstelle Langsamverkehr zusätzliche Kosten notwendig waren oder ob sie kostenneutral geschaffen werden konnte.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Schaffung der Fachstelle Langsamverkehr war kostenneutral, wie im Vorstoss gefordert.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschlossen.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

6. 1314 Postulat (SP Köniz und Grüne) „Für gute KITAs in Köniz: Das Qualitätslabel für Kindertagesstätten“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Christoph Salzmann (SP): Das vorliegende Geschäft wurde als Postulat eingereicht und nicht als Motion, weil ich der Meinung bin, dass ein neues Label nicht per sofort eingeführt werden kann. Wir debattieren hier ja nicht über Kehrichtsäcke. Mit dem Vorstoss will ich den Gemeinderat anregen, sein Augenmerk nicht nur auf das quantitative Wachstum der Kita-Plätze zu richten, sondern auch auf die Entwicklung der Qualität. Mit dem neuen Label „QualiKita“ ist der Zeitpunkt gegeben, dass der Gemeinderat die Frage vertieft prüfen und zu gegebener Zeit Bericht erstatten kann. Es stünde der familienfreundlichen Gemeinde Köniz gut an, diese Frage in Transparenz anzugehen; das Postulat gibt Gelegenheit dazu. Ich danke dem Gemeinderat aufrichtig, dass er die Erheblicherklärung des Postulats beantragt. Mein Dank ist gross, es gibt aber auch noch ein kleines Bisschen Skepsis, dazu aber später.

Es ist wohl unbestritten, dass alle gute Kitas wollen. Es ist unbestritten, dass die frühe Kindheit grundlegenden Einfluss bis ins Erwachsenenleben hat. Die Qualität einer Kita ist entscheidend und sorgt dafür, dass Kinder sozial und emotional ausgeglichen in den Kindergarten oder in die Schule eintreten können. Sicher bestimmen das Personal und die Qualifikation, die Sicherheit und Ausstattung sowie ein gutes Management und Administration (die richtig abzurechnen weiss) die Qualität einer Kita. Die Behörden haben bis jetzt vor allem Wert auf diese Strukturmerkmale gelegt. Das ist auch bei jenen Checklisten der Fall, die der Vorlage angehängt sind. Ob eine Kita gut ist, hängt jedoch nicht nur vom Betreuungsschlüssel und von den Quadratmetern pro Kind ab und ob eine Schaukel im Garten steht; nein auch davon, wie die pädagogischen Prozesse und Betreuungsprozesse ablaufen. Werden Kinder in ihrer Entwicklung individuell unterstützt, Lernaktivitäten, Beziehungen und Interaktionen gefördert? Werden die Eltern beteiligt und der Zusammenarbeit mit den Familien die benötigte Beachtung geschenkt? Dies alles sind Prozessmerkmale und diese können von den Eltern nur schwer beurteilt werden. Salopp ausgedrückt: Ob der Windelwechsel beim Kind „mechanisch“ erfolgt, weil man unter Druck steht oder ob die Gelegenheit zu emotionaler Zuwendung genützt wird, ist von aussen nicht immer sichtbar. Dem kann das erwähnte Label Abhilfe und Transparenz schaffen. Wenn sich die Gemeinde immer mehr auf Pauschalabgeltungen oder gar auf die Subjektfinanzierung zurückziehen will, benötigt sie mehr Einsicht in die Prozessqualität. Das ist auch bei Kitas wichtig, die zwar Geld aus der öffentlichen Hand beziehen, nicht aber das Label erwerben wollen. Dazu sind Fachpersonen mit pädagogischem Hintergrund nötig, die den Kitaleitungen die wichtigen und richtigen Fragen zu stellen wissen und die Antworten auch hinterfragen zu können. Bei einem Kontrollbesuch festzustellen, dass die Kinder „herzig“ sind, genügt wohl nicht. Bei der Schulaufsicht ist z. B. seit Jahren klar, dass sie durch Lehrkräfte bestückt ist. Das kantonale Jugendamt, das die privaten Kitas beaufsichtigt, setzt für die Prüfung Fachpersonen ein. Hier haben meines Erachtens die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) und die Gemeinde noch Handlungsbedarf. Die Checklisten im Anhang decken noch lange nicht alle Qualitätsmerkmale ab, sie sind aber bereits eine Verbesserung. Bei den Checklisten handelt es sich eh nur um Arbeitshilfen, die die Fachkompetenz nicht ersetzen können. Mir kommt es manchmal vor, wie wenn man sich für die Prüfung der Qualität eines Autos nur auf das Aussehen von Karosserie und die Pneu abstützt, die Motorenleistung aber nicht beachtet.

Aus der Antwort des Gemeinderats spüre ich, dass er das Problem erkannt hat und bin froh, dass er das Thema aufnimmt und Verbesserungen anstrebt. Ich hoffe, dass er dies auch ernst nimmt und nicht nur mit seiner Antwort ein unbequemes Parlamentsmitglied beruhigen will.

So komme ich nun zu meiner bereits angetönten Skepsis: Wie üblich bei Vorstössen im sozialen Bereich hält sich der Gemeinderat mit dem Kriterium der Finanzierbarkeit den Fluchtweg offen. Aus einer Faktensammlung vom September 2013 vom Kita-Verband und der Jacobs Foundation entnehme ich, dass sich die Zertifizierungskosten pro Kind, je nach Grösse der Kita, zwischen 60 bis 145 Franken pro Jahr bewegen. Zudem unterstützt ein Qualitätsentwicklungsfonds interessierte Kitas bei der Entwicklung der pädagogischen Prozessqualitäten. Die Gemeinde hat angeblich in ihrem Selbstverständnis nur gute Kitas, ergo ist hier nicht mit einem Kostenschub zu rechnen. Stimmt die Strukturqualität, sind keine grossen Zusatzinvestitionen notwendig. Die Entwicklung der Prozessqualität braucht allerdings Willen, Energie und Zeit des Personals; das ist aber auch eine Frage der Organisation wie mir ein Leiter einer subventionierten Kita einer Nachbargemeinde versicherte, die im Pilot mitmacht.

Ich gehe mit dem Gemeinderat einig, dass sich die Gemeinde hier mit dem Kanton abstimmen muss. Es wäre sicher schön, wenn über die Gemeindegrenzen hinausgeschaut und die Erfahrungen von anderen Gemeinden mitberücksichtigt und mit anderen Gemeinden kooperiert würde. Ich bitte deshalb, das Postulat als erheblich zu überweisen und in diesem Fall bin ich gespannt, was der Gemeinderat in zwei Jahren zu berichten weiss.

Verena Koshy verlässt das Parlament, somit sind noch 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Das Thema Kita ist wichtig und interessant. Die FDP-Fraktion begrüsst das vorliegende Postulat, das eine Prüfung eines Qualitätslabels für Kitas verlangt. Labels, wenn sie seriös vergeben werden, verbessern die Transparenz und wirken positiv auf die Qualität. Die Sache steht und fällt jedoch immer mit den vor Ort stehenden Personen. Labels können aber helfen, der Qualität strukturell einen positiven Impact zu geben. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, dass ein Label sorgfältig und bedacht eingeführt wird, auch wenn es sich nicht um ein Label für eine Kehrlichtmarke handelt. Wichtig ist hier festzuhalten, dass ich die Einreichung des Vorstosses als Postulat richtig finde, weil damit Spielraum gegeben wird. Bei den Kosten sehe ich die Sache etwas differenzierter als Christoph Salzmann: Schlussendlich sind die Labeling-Kosten nur ein Teil; ein solches Labeling kann einen Rattenschwanz an Mehrkosten für eine Kita mit sich ziehen. Das muss sorgfältig abgewägt werden, weil am Ende des Tages irgendetwas die Kosten übernehmen muss; entweder gehen diese zu Ungunsten der Betriebsrechnung der Kitas oder die Eltern oder die Gemeinde müssen mehr bezahlen.

Wie schon bei anderen Kita-Geschäften erwähnt, gibt es bei der Könizer Kinderbetreuung noch einiges zu tun, z. B. bei der Transparenz der Wartelisten. Deshalb wird die FDP-Fraktion der beantragten Erheblicherklärung des Postulats zustimmen.

Ein Schlussvotum: Die Qualitätslabel sind sehr wichtig für die Transparenz. Für die FDP-Fraktion ist dies deshalb besonders wichtig, weil gerade im Hinblick auf die Einführung von Betreuungsgutscheinen für die Eltern ein weiteres Entscheidungskriterium vorhanden ist, das ihnen helfen kann, sich für eine Kita zu entscheiden.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Das Postulat verlangt vom Gemeinderat die Prüfung, ob der Erwerb eines solchen Labels von den Kitas verlangt werden kann, die von der Gemeinde eine Abgeltung für Tagesplätze erhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, sei aufzuzeigen wie eine gleichwertige Betreuung zu erreichen sei.

Wir müssen uns nun fragen: Welche Anforderungen wollen wir an eine Kita stellen? Was ist die beste Art der Qualitätserreichung? Der Gemeinderat geht auf die erste Frage noch nicht ein, weist einfach auf die vielen Aktivitäten hin, die im Umfeld bereits getätigt werden und kommt zum Schluss, dass die Finanzierbarkeit der Kita-Plätze ein zentrales Kriterium ist. Wenn der Pilotversuch vorbei und ausgewertet ist, kann die zuständige Abteilung beauftragt werden, Rücksprache mit dem Kanton zu nehmen, usw. Der Gemeinderat kommt – zu meinem Erstauen – zum Schluss, dass das Postulat erheblich erklärt werden soll. So ganz überzeugt bin ich hier nicht.

Was wollen wir? Fragt man die Eltern, was in einer Kita wichtig ist, landen auf Rang 2 bis 5 durchaus Antworten wie Betreuungsschlüssel, gute räumliche Verhältnisse, Hygiene und Sicherheit. Auf Rang 1 steht aber unbestritten die Antwort: Entscheidend ist, mit welcher Liebe den Kindern begegnet wird. Nun fragen wir uns, ob ein Qualitätslabel das geeignete Instrument für eine solche Prüfung ist. Erreichen wir ein Label mit der Aufstellung von x Checklisten oder müssen wir darauf achten, möglichst wenig Bürokratie aufzubauen, aber eine möglichst gute Begleitung? Wir sind zum Schluss gekommen, dass Kitas keine Produktionsstätten sind, die ein möglichst einheitliches pädagogisches Konzept erreichen müssen, wo und sauber eingehaltene Hygienevorschriften zu verbessern sind. Kitas brauchen engagiertes Personal und es braucht eine Begleitung, die dieses Engagement möglichst objektiv beurteilen kann und so die soziale Arbeit stärkt. Man kann diese Qualität nicht einfach auf ein „Meccano“ eines Q-Labels abwälzen. Deshalb werden wir die beantragte Erheblicherklärung des Postulats ablehnen.

Ein kleiner Nachtrag zu Checklisten: Ich beantrage, dass der Gemeinderat versucht eine Checkliste für Geschäfte zu erarbeiten, die er dem Parlament vorlegt. Punkt 1: Sind die Abkürzungen erklärt? Punkt 2: Ist das Wort Controlling richtig verwendet? Bernhard Bichsel und ich suchen noch andere Parlamentsmitglieder, die im Turnus helfen, den Gemeinderat darauf hinzuweisen, dass der Begriff Controlling eigentlich Steuerung bedeutet und nicht Kontrolle.

Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne): Es geht um das Label QualiKita. Bei den bereits jetzt angewendeten Checklisten für die Kontrolle wird vor allem Strukturelles geprüft, ob die Raumgrösse gegeben ist, ob Brandschutzmassnahmen vorhanden sind, usw. Das QualiKita-Label will nun noch die Pädagogik miteinbeziehen. Wir sind uns einig, dass Pädagogik wichtig ist und es ist ebenso wichtig, dass Kinder von Geburt an Zuwendung erhalten wie auch Anregung und Förderung. Genau dafür ist das Label geschaffen. So gesehen ist es eine gute Sache und es geht in die richtige Richtung.

Der Gemeinderat hat ausgeführt, dass mit dem neuen Label keine Doppelspurigkeiten entstehen sollen. Das Label soll wenn möglich nicht zusätzlich eingeführt werden. Es ist darauf zu achten, möglichst nur ein Label einzuführen, das die Prüfung aller Qualitätskriterien erfüllt.

Die Fraktion der Grünen wird der beantragten Erheblicherklärung des Postulats zustimmen.

Christoph Salzmann (SP): Wenn der Gemeinderat kein solches Label einführen will, wird er in der Postulatsbegründung gebeten, andere ähnliche Qualitätsideen für die Kontrolle zu entwickeln. Ich denke, dass es nun an der Zeit ist, Prozessqualitäten – so die Bezeichnung in der kinderpädagogischen Fachwelt – zu prüfen, die bis anhin nicht geprüft worden sind. Diese sind oft nicht so messbar wie irgendwelche Strukturen, die von der Verwaltung sachlich geprüft werden können, sondern dazu sind Fachpersonen notwendig. Die ISO-Zertifizierung im Industriebereich ist etwas ganz anderes als Zertifizierungen im sozialen und pädagogischen Bereich. Ich kann versichern, dass in der Idee des Prozesslabels enthalten ist, dass die Zertifizierung in einer Teamentwicklung in den einzelnen Kitas erarbeitet wird. Genau die Teamentwicklung ist das Entscheidende und Neue und das bringt die Qualität. Es handelt sich dabei um eine Qualität, die von den Eltern als Liebe wahrgenommen wird.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Liebe muss von den Kindern in den Kitas wahrgenommen werden und nicht primär von den Eltern. Die Eltern kaufen eine Dienstleistung ein. Ich gehe mit Christoph Salzmann fast in allem einig. Trotzdem habe ich Mühe mit seinem Votum, denn wir sprechen hier über Kitas, über Kinder und deren Eltern. Christoph Salzmann hat aber Worte wie Kehrriechtsack oder „mechanisches Windeln wechseln“ gebraucht. Diese Wortwahl scheint mir anlässlich der Beratungen zu diesem Vorstoss nicht richtig. Wir sprechen hier von Kindern und deren Eltern, die davon überzeugt sein wollen, dass ihre Kinder gut betreut sind.

Vor kurzem haben wir hier im Saal über die Probleme bei Kibe Region Köniz debattiert. Eines kann ich Ihnen aber versichern. Der beste Gradmesser sind die Eltern, die sich von der Betreuung ihrer Kinder zufrieden erklären können. Von dieser Seite her habe ich persönlich keine Beanstandungen erhalten. Die Kinder werden in den Kitas der Gemeinde Köniz gut betreut, auch in den privaten Kitas. Nichtsdestotrotz bin ich überzeugt, dass Qualität auch gesichert werden muss und wir hinschauen müssen. Wir versuchten aber auch, auf die Kostenfolgen aufmerksam zu machen. Offensichtlich verfügen wir nicht über dieselben Zahlen. In einem NZZ-Artikel „Viele Krippen ohne Gütesiegel“ stand, dass 27 von 44 Krippen über keine Zertifizierung verfügen, aber nichts davon, dass diese schlecht sind. Am Schluss steht, was die Kita-Leitungen dazu sagen: „Die Kritik aus der Branche beschränkt sich bisher auf die Unkosten für die sonst schon strapazierten Kitas. Die Zertifizierungen kosten je nach Grösse 6'000 bis 11'000 Franken über vier Jahre.“

Die Postulatsantwort liegt bereits auf dem Tisch und die Kosten gehen eher in die Richtung des Artikels als in jene von Christoph Salzmann festgehaltene. Im Grunde sind wir uns jedoch einig: Wir prüfen die Zertifizierung und werden sehen, ob die Einführung innerhalb des finanziellen Rahmens möglich ist.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

7. Verschiedenes

Folgender Vorstoss ist neu eingereicht worden:

1318 Interpellation (SP) „Planungsleiche in Thörishaus dank der US-Firma Johnson & Johnson?“

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Heute geht nicht nur eine ganz normale Parlamentssitzung zu Ende, sondern wir stehen am Ende eines Wahljahres, d. h. es läuft alles ein wenig anders als sonst üblich. Einerseits müssen wir uns heute von einigen Kolleginnen und Kollegen unter uns verabschieden, die aus verschiedensten Gründen nächstes Jahr nicht mehr im Parlament von Köniz vertreten sind: Liz Fischli-Giesser, Markus Plüss, Ronald Sonderegger, Anita Moser Herren, Patrik Locher und Christian Burren. Sie alle haben in längeren oder kürzeren Perioden das Parlament von Köniz mitgeprägt. Sie haben Einsatz gezeigt und den von ihnen vertretenen Interessen ein Gesicht und eine Sprache verliehen. Das werden sie mit Sicherheit auch in Zukunft tun, aber nicht mehr im Könizer Parlament. Ich danke Ihnen allen für Ihren längeren oder kürzeren Einsatz, für ihre zum Teil sehr prägnanten, juristisch sehr korrekten oder aber jugendlich übermütigen, vielleicht unternehmerisch direkten, leisen oder lauten Voten. Ich wünsche Ihnen von Herzen für Ihre Zukunft alles Gute. (*Applaus*)

Heute steht aber noch eine andere Verabschiedung im Parlament an, jene unseres Gemeindepräsidenten Luc Mentha. Im Juli 2004 trat er sein Amt als Gemeindepräsident der Gemeinde Köniz an und im August 2004 nahm er zum ersten Mal als Gemeindepräsident an einer Parlamentssitzung teil. Obwohl ihn viel mit seinem Vorgänger Henri Huber verbunden hat, hat sich Gemeindepräsident Luc Mentha von Anfang an sehr stark von diesem unterschieden. Er zeichnet sich als eher zurückhaltender, überlegter Gemeindepräsident aus. Er ist nicht wirklich Freund grosser Worte, zumindest nehme ich ihn so wahr. Er ist auch nicht Freund schillernder Darstellungen. Er tritt aber sachkompetent und zielstrebig auf. Bei Angriffen ist er verteidigend, zum Teil kämpferisch. Seine Liebe zum Amt, zur Gemeinde Köniz und vor allem zur positiven Entwicklung der Gemeinde lässt er immer wieder durchblicken und gerät ins Schwärmen. Dies aber nicht nur beim Erhalt von kulturellen Preisen wie z. B. für den Wakkerpreis, sondern er gerät auch ins Schwärmen bei Akquisitionen von wirtschaftlich relevanten Projekten.

Heute ist jedoch nicht die Zeit der grossen Worte und langen Reden, dafür bleibt die Abschiedsfeier. Heute verabschieden wir Gemeindepräsident Luc Mentha lediglich aus dem Parlament der Gemeinde Köniz. Wir wünschen ihm für seine neuen Projekte viel Freude und alles Gute. Für die Verabschiedung eines Gemeindepräsidenten ist ein Geschenk üblich. Ich habe mir hin und her überlegt, was das richtige sein könnte. Da Gemeindepräsident Luc Mentha dieselbe Liebe wie ich für Südfrankreich teilt, übergebe ich ihm Wein aus dieser Region „Etoile du sud“. Mit diesen Sternen wünsche ich, dass sie ihm die Zukunft weisen. (*Applaus*)

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Am 16. August 2004 fand die erste Parlamentssitzung mit mir als Gemeindepräsident statt. Das damalige Parlamentsmitglied Katrin Sedlmayer übergab mir damals als symbolisches Geschenk eine Palme. Sie hoffte, dass das Parlament mich nicht allzu oft auf die Palme bringen werde, was auch sehr selten der Fall war.

Nach rund 100 Parlamentssitzungen als Gemeindepräsident ist nun Schluss für mich. Ich habe an einer einzigen Sitzung mit der relativ fadenscheinigen Erklärung „aus familiären Gründen“ gefehlt. Der damalige Parlamentspräsident fand jedoch heraus, dass ich an diesem Tag heiratete. Mir ist von Anfang an klar gewesen, dass ich die sehr gut geführte und sehr gut positionierte Gemeinde Köniz leiten darf und dass ich die Flughöhe nur dann halten kann, wenn das Parlament mich dabei unterstützt. Rückblickend kann ich feststellen, dass Sie mir geholfen und mich unterstützt haben. Dafür danke ich Ihnen heute ganz herzlich. Zusammen durften wir einiges erreichen: Die Sanierung des Finanzhaushalts, das neue, moderne Personalrecht für die Gemeindeverwaltung, die Reduzierung der Exekutive um zwei Mitglieder und entsprechend die Anpassung der Organisation und des Wahlverfahrens, die Verhinderung der breitflächigen Einführung von New Public Management und die Verhinderung eines Aufbruchs des Stadt- und Landgrabens in der Gemeinde. Das Parlament ist sich jedoch bewusst, dass es nicht allein handeln kann und das Gesetz des Handelns nicht allein in der Hand hat, sondern die Stimmberechtigten entscheiden in der direkten Demokratie immer wieder Einzelfragen. Wir dürfen zurückschauen und festhalten, dass wir seit 2004 sämtliche Volksabstimmungen – mehr als 20 Vorlagen – zu Sachvorlagen gemeinsam gewinnen konnten. Solches basiert immer auf guten Kompromissen und ich bin jemand, der eher einen Kompromiss eingeht als die eigene Überzeugung durch alle Böden hindurch durchzusetzen. Ich bin der Meinung, dass dies erfolgreich war.

In meiner Berufstätigkeit lernte ich drei Parlamentsbetriebe kennen: Den Stadtrat als Angestellter bei der Stadtverwaltung, das Parlament der Gemeinde Köniz und den Grossrat des Kantons Bern. Ich halte hier fest, dass das Parlament der Gemeinde Köniz jenes mit der besten politischen Kultur und Disziplin ist. Betrachtet man den Präsenzgrad, die Kultur des Zuhörens, ist das Könizer Parlament im Vergleich einsame Spitze. Die Diskussionen werden hart aber fair geführt. Auch haben Sie nicht zu jedem Geschäft von mir einfach so ja gesagt, einige wenige sind sogar zurückgewiesen worden. Manchmal ist es für eine Exekutive nicht leicht mit der Legislative klar zu kommen. Das ist im System der Gewaltentrennung von Herrn Montesquieu so angedacht und angelegt; you have to live with it. Ich habe die Rolle des Parlaments immer sehr klassisch verstanden, wie auch die Rollenteilung: Der Gemeinderat führt die Gemeinde, das Parlament entscheidet gemäss seinen Kompetenzen Sachgeschäfte, kontrolliert den Gemeinderat und die Verwaltung und gibt mit Vorstössen Impulse, in welche Richtung es gehen könnte. Das hat das Parlament fast immer auch so verstanden und dafür danke ich Ihnen bestens. Nochmals herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung während der vergangenen fast 10 Jahre. *(Applaus)*

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich informiere Sie über zwei Geschäfte, die ich gerne während der Legislatur vorgebracht hätte, jedoch aus bestimmten Gründen nicht möglich war.

Zuerst ein Zwischenbericht über die Evaluation des Förderprogramms 2011 – 2013: Ich habe Sie an der letzten Parlamentssitzung darüber informiert, dass das durch Sie befristete Reglement Ende Jahr ausläuft. Den Schlussbericht dazu können wir im März 2014 vorlegen, dann werden umfangreichere Daten vorliegen und mehr Interpretationen dazu.

Zweitens hätte ich Ihnen gerne das Sanierungskonzept der Schiessanlagen vorgelegt. Das war aus folgendem Grund nicht möglich: Im Mai 2012 musste eine erste 300-Meter-Schiessanlage saniert werden, jene in der Sensematt, Thörishaus. Dies weil die Konzession für die Grundwasserfassung Sensematt erneuert wurde. Da sich die Schiessanlage im erweiterten Bereich der dritten Zone befand, war die Sanierung notwendig. Wir konnten bei dieser Sanierung unsere ersten Erfahrungen sammeln und mussten feststellen, dass diese Erfahrungen auch für den Kanton neu sind. Da einige Schwierigkeiten bestanden, konnten die Arbeiten erst im Frühjahr 2013 abgeschlossen werden. Schlussendlich war im Sommer 2013 immer noch nicht ganz klar, wie es mit der Finanzierung steht; ob der Kanton diese übernimmt oder der Bund. Erst letzte Woche haben wir die Zusage vom Bund erhalten, dass er die Finanzierung im erwarteten Ausmass unterstützen wird. Für die Sanierung der weiteren Anlagen müssen zuerst Abklärungen getätigt werden, welche saniert werden und deshalb liegt das Konzept noch nicht vor. Wir müssen zuerst evaluieren, welche Anlage als nächste zur Sanierung möglich ist. Das Konzept wird – wenn möglich – 2014 vorhanden sein, damit Ihnen bekannt ist, welche Schiessanlagen saniert und welche eventuell nur gesichert werden. Das wird von der Unterstützung von Bund und Kanton abhängig sein. Ich danke für Ihr Verständnis.

Hanspeter Kohler (FDP): Ich möchte es nicht unterlassen, im Namen der FDP-Fraktion Anita Moser Herren und Ronald Sonderegger für die geleistete Arbeit als Parlamentsmitglied ganz herzlich zu danken. Wenn sich Fraktionsgrössen ändern, insbesondere wenn sie kleiner werden, gehört es leider zur Politik, dass nicht mehr für alle Platz vorhanden ist und das ist nun eingetreten. Besten Dank an Ronald Sonderegger für seine Arbeit auch ausserhalb der Fraktions- und Parlamentssitzungen in speziellen Kommissionen, in der Finanzkommission wie auch in der Kommission Tramprojekte. Er versuchte jeweils seine Auslandsaufenthalte rund um diese Sitzungen herum zu organisieren. Nun wird er dafür wieder mehr Zeit zur Verfügung haben, wie auch für sein Hobby das Fischen. Dank soll auch an Anita Moser Herren gehen für ihren Einsatz inner- und ausserhalb der Fraktion. Ihre Bereiche waren Bildung, Sport, Themen rund um die Kinderbetreuung und der FC Wabern. Die Freude an der Politik hört bei beiden sicher nicht auf und man weiss nie, als erstes und zweites Ersatzmitglied kann noch vieles geschehen. Ich wünsche beiden alles Gute für die Zukunft. *(Applaus)*

Jan Remund (Grüne): Auch ich darf zwei Parlamentsmitglieder verabschieden. Zuerst Liz Fischli-Giesser, die heute leider aufgrund eines Unfalls nicht anwesend sein kann. Ein Ausrutscher wäre ihr als seriöse und genaue Schafferin auf dem politischen Parkett wohl nie passiert. Sie hat ihren offiziellen Rücktritt nach 8 Jahren Parlamentstätigkeit auf Ende Legislatur bekanntgegeben. Dies entspricht ihrer Gradlinigkeit, auch wenn man es als Parteipräsident lieber anders gehabt hätte. Sie war das rechtliche Gewissen der Fraktion und hat uns die Möglichkeiten und Grenzen der Gesetzgebung immer wieder aufgezeigt.

Sie hat unsere Fraktion in der Finanzkommission gut vertreten und war die Idealbesetzung für die Redaktionskommission, die sie in den letzten Jahren geleitet hat. Sie war ausserdem eine wahre Kämpferin für Gerechtigkeit und Integration. Wir danken ihr für die geleistete Arbeit. Markus Plüss war eineinhalb Jahre Parlamentsmitglied. Es ist schade, dass er gerade als er so richtig eingearbeitet war, ausscheiden musste, weil er unserer aktiven grünen Frauenförderung zum Opfer gefallen ist. Ich habe jedoch den Wunsch und die Hoffnung, dass seine Abwesenheit nicht von allzu langer Dauer sein wird. Wir danken ihm für seine geleistete Arbeit. (*Applaus*)

Stefan Lehmann (SVP): Wir müssen uns heute von Christian Burren verabschieden. Christian Burren wurde anlässlich der Wahlen 2001 auf Anhieb als Parteiloser auf der Liste der SVP in den damaligen Grossen Gemeinderat gewählt. Bei den Wahlen 2005 und 2009 wurde er jeweils mit einem Glanzresultat bestätigt. Die Amtszeit der Parlamentsmitglieder ist in der Gemeinde Köniz auf 12 Jahre beschränkt und diese sind nun abgelaufen. Mit Christian Burren verlieren das Könizer Parlament und die SVP-Fraktion einen äusserst profilierten Parlamentarier mit einem grossen Leistungsausweis. Wir werden ihn sicher vermissen. Einige Stichworte zu Christian Burren: Als erstes kam mir K2000 in den Sinn. Für alle die noch nicht so lange Parlamentsmitglied sind: K2000 war die Spezialkommission Köniz 2000, welche die Verwaltungsreorganisation vorgenommen hat. Die nichtständige parlamentarische Kommission K2000 bestand während ca. 10 Jahren. Christian Burren war zuerst Mitglied und zum Schluss Präsident der Kommission und konnte diese Angelegenheit 2007 zu einem Ende bringen. Für das Jahr 2010 wurde er zum Parlamentspräsidenten gewählt. Der Umstand, dass wir unsere Sitzungen hier im Rössstall abhalten, geht auf seine Initiative zurück. Würde heute eine Umfrage vorgenommen, ob wir wieder in der Aula der Schulanlage Hessgut tagen wollen, würde dies kein Mitglied bejahen.

Christian Burren präsidierte in den letzten zweieinhalb Jahren die neue Finanzkommission. Er führte sie mit viel Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit gegenüber dem Gemeinderat. Die Finanzkommission ist heute anerkannt, die Finanzdebatten wurden damit vereinfacht und sie brachte Ruhe in den Budgetprozess. Das ist sicher ein Verdienst von Christian Burren.

Ich danke Christian Burren im Namen der SVP-Fraktion und sicher auch im Namen des Könizer Parlaments für seinen Einsatz für die Öffentlichkeit. Besonders freut uns, dass wir ihn heute als SVP-Mitglied verabschieden können. Christian wird in anderen Funktionen weiterhin aktiv bleiben und vielleicht werden wir ihn dereinst wieder in der Könizer Politik sehen. Herzlichen Dank für seinen Einsatz für die Gemeinde Köniz. (*Applaus*)

Hermann Gysel (EVP): Nun nimmt Patrik Locher eine Auszeit vom Parlament der Gemeinde Köniz. Wenn man aber sieht, was Patrik Locher so alles an Beschäftigungen hat, kann vermutet werden, dass er den Sitzverlust der EVP nicht allzu persönlich nimmt. Er hat weiterhin genügend Gelegenheiten seine Initiative wirkungsvoll einzusetzen. Hoffentlich nicht allzu viel in der Feuerwehr; vielleicht eher als Co-Präsident des Jugendparlaments oder als Regionalkoordinator der jungen EVP oder als Leiter der Jugendfeuerwehr oder für den Skatepark oder im Vorstand des Fachvereins Chemie. Als Ausgleich kann er ja immer noch in der Einbürgerungskommission tätig sein oder seinen Samstagjobs für den Lebensunterhalt nachgehen. Last but not least wäre noch das Studium. Diese Woche wird Patrik Locher seine Masterarbeit abgeben und ich bin sicher, dass noch ein gutes Stück Arbeit auf ihn wartet. Ich nehme aber an, dass sein Wochenkalender nicht mehr so gedrängt sein wird. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat beschlossen, einmal mehr den Versuch zu unternehmen, dass Patrik Locher von seiner Überzeugung „Gedankenfreiheit gleich Kopffreiheit“ abzubringen und wir übergeben ihm einen Gutschein – so er denn will – für den Kauf eines Velohelms.

Herzlichen Dank an Patrik Locher für seine jeweils erfrischenden Beiträge und für die Jugendllichkeit die er ins Parlament brachte. All jene, die der Meinung sind, dass Patrik Locher nicht allzu lange von der Politik entfernt sein sollte, können ihn bei den Wahlen in den Grossrat unterstützen. (*Applaus*)

Christian Roth (SP): Der Zeitung „Bund“ vom 30. November 2013 konnte entnommen werden, dass das Gymnasium Köniz-Lebermatt neue Wege geht und sich eine der beiden MINT-Klassen durch die Firma Haag-Streit sponsern lässt. Die Begründung: Die Nachfrage für das innovative Angebot der MINT-Klassen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) übersteigt die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Bern. Private müssen her. Das ist ein Entscheid des Kantons und liegt in seiner Zuständigkeit. Trotzdem muss uns das in der Gemeinde Köniz interessieren, weil ein solches Sponsoring – neben den finanziellen Vorteilen – auch Nachteile haben kann. Es wäre naiv zu glauben, dass eine Firma Geld für ein Projekt gibt, ohne eine Gegenleistung zu erwarten.

Ich habe drei Fragen an den Gemeinderat: Laufen erstens auf Stufe der obligatorischen Schule ebenfalls solche Sponsoring-Geschäfte? Zweitens: Wenn ja, wo und in welchem Umfang. Drittens: Wie beurteilt der Gemeinderat die Finanzierung von allfälligen Leistungen auf obligatorischer Schulstufe durch Private?

Mir ist klar, dass der Gemeinderat diese Fragen heute nicht beantworten kann, warte aber gespannt auf seine Antwort im Januar oder Februar 2014.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich werde diese Fragen anlässlich der Januar-Sitzung beantworten.

Bruno Schmucki (SP): Liebe Leute aus Seldwyla, liebe Mitglieder des Grossen Dorfrats: Vor einigen Monaten haben wir in dieser Runde zusammen diskutiert, wie wir eine Werkstätte eines Apothekers aus Holland, in welcher 80 Personen aus unseren Dorf arbeiten, weiter erhalten können. Eine Delegation des Kleinen Dorfrats ging hin und sprach mit dem Werkmeister des Apothekers aus Holland und kam mit grosser Freude und vaterländischem Stolz zurück. Der Holländer sei bereit, die Werkstatt noch sehr lange zu betreiben, wenn die Vorschriften für das Haus und das Umland angepasst werden. Das schien einer Mehrheit des Grossen Dorfrats als vernünftig, auch wenn einige Unentwegte noch die Frage stellten, wie der Holländer die Gebäude beheizt und wollten ihm entsprechende Vorschriften machen. Der Grosse Dorfrat wollte aber nichts davon wissen und die Stimmbevölkerung darüber abstimmen lassen. Die Pläne wurden der Stimmbevölkerung unterbreitet und von ihr gutgeheissen. Heute, liebe Leute aus Seldwyla, sind wir etwas schlauer. Der Holländer – besser gesagt die reichen Besitzer aus den fernen USA – wollten die Werkstatt einfach schliessen. Unser Wohlwollen und auch die schönen Steuerbatzen die der Kanton dem Apotheker grosszügigerweise erliess, haben nichts genutzt. Wir aus Seldwyla können nun darüber jammern, dass wir so übel hinters Licht geführt worden sind.

Die Gemeinde Köniz ist nicht Seldwyla. Wir wissen heute, dass das Hauptargument für die Schliessung des Standorts in Thörishaus und der Stellenabbau in Bern nicht unsere fehlende Kooperationsbereitschaft war; vielmehr folgte der amerikanische Konzern Johnson und Johnson einer einfachen kapitalistischen Logik: Die Stellen werden dort abgebaut wo es am billigsten ist. Die Schweiz hat im Vergleich zum europäischen Umland keine Sozialplanpflicht und deshalb ist es wesentlich billiger hier Stellen abzubauen als in Europa. Dass der Stellenabbau genau dann erfolgt, kurz bevor das OR angepasst wird und die Konsultationsverfahren per 1. Januar 2014 verschärft werden, macht mich als Gewerkschafter ziemlich stutzig. Wir werden sehen, ob die Firma Johnson und Johnson bereit ist, ihre Versprechen den Angestellten gegenüber und ihre Verantwortung wahrzunehmen. Das Konsultationsverfahren läuft zurzeit. Wir werden schauen, ob die Firma das was sie in ihrem Internetauftritt festhält, tatsächlich auch leisten wird. Die Gemeinde Köniz ist nicht Seldwyla. Wir werden bei weiteren solchen Geschäften in Zukunft nicht nur ökologische Nachhaltigkeit einfordern müssen, sondern auch soziale.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Ich wiederhole eine Frage, die ich bereits am 11. November 2013 gestellt, bis dato jedoch noch keine Antwort erhalten habe: Wer führt aktuell die Warteliste der Kitas und was ist in diesem Bereich in Zukunft geplant? Im Rahmen des Berichts zu kibe Region Köniz äusserte ich meine Fragezeichen dazu.

Art. 1 des Geschäftsreglements des Parlaments lautet wie folgt: „Nach jeder Gesamterneuerung wird das Parlament durch den Gemeinderat im Januar des Folgejahres zur konstituierenden Sitzung einberufen.“ Das bedeutet, dass die Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten heute ihre letzte Sitzung in ihrem Amt führt. Die nächste Parlamentssitzung vom 17. Januar 2014 wird durch den/die neue/n Gemeindepräsidenten/in eröffnet und er/sie leitet die Wahl für das Parlamentspräsidium in die Wege. Führt man als Parlamentspräsidentin durch die letzte Sitzung einer Legislatur, kann es passieren, dass die Verdankung für die geleistete Arbeit irgendwo verloren geht. Das kann nicht sein und deshalb möchte ich meiner Nachfolgerin in diesem Amt herzlich für ihre Arbeit danken, die sie in diesem Jahr hatte. Erica Kobel-Itten führte uns durch lange, anstrengende, mühsame, lustige Parlamentssitzungen. Sie tat dies ruhig, fair und doch immer mit der notwendigen Prise Humor. Hat man das Präsidium inne, hat man einen ganz anderen Blick auf die Parlamentsarbeit. Umso spannender ist es, wenn man wieder zurück ins Parlament kehren kann. Mich interessiert dann im neuen Jahr, ob es Erica Kobel-Itten auch so ergangen ist. Man hört inhaltlich wieder zu und wartet nicht darauf, wann das sprechende Mitglied sein Votum beendet und wer als nächstes folgen wird.

Ich habe keinen Blumenstrauss zur Hand, den Erica Kobel-Itten wirklich verdient hätte. (*Applaus*)

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich habe für die Januar-Sitzung einige Minuten eingeplant, damit mit der Nachfolge eine anständige Schlüsselübergabe stattfinden kann.

Bernhard Bichsel (FDP): Obwohl das Thema Crucell nicht hierhin gehört, eine kurze Replik: Internationale Unternehmungen entscheiden auf Top-Level und die lokalen Geschäftsleitungen wissen oft nicht, was eigentlich vor sich geht. Ich bin der Meinung, dass der Gemeinderat, das Parlament und die Stimmbevölkerung gute Arbeit geleistet haben. Soweit sind wir uns einig. Die Schlussfolgerungen von Bruno Schmucki jedoch, weshalb die Stellen in der Schweiz gestrichen werden, sind aus meiner Sicht völlig falsch. Die Schweiz ist in Europa eine Insel der Glückseligen und dies deshalb weil der Arbeitsmarkt sehr flexibel ist. In Spanien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 50 Prozent, usw. Der flexible Arbeitsmarkt, so hart dies zurzeit sein mag, ist ein Erfolgsrezept der Schweiz und das muss hier einmal gesagt sein.

Ronald Sonderegger (FDP): Ich spreche hier zum letzten Mal. Die Zeit als Parlamentsmitglied war eine gute für mich und sehr interessant, denn ich durfte vieles lernen und sehen. Es machte Spass mit Ihnen zu debattieren. Ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Wenn ich mir vor Augen führe, welche Probleme – Wasserleitungen usw. – wir im Parlament beraten und sehen muss, welche Probleme z. B. zurzeit auf den Philippinen gelöst werden müssen, muss ich feststellen, dass wir uns in einer wirklich guten Position befinden. Nichtsdestotrotz: Die abgewählten oder scheidenden Parlamentsmitglieder haben einen kleinen Apéro organisiert, zu dem wir Sie nach der Parlamentssitzung herzlich einladen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Es ist tatsächlich so, dass in einem Wahljahr das Parlamentspräsidium bereits Ende des laufenden Jahres endet. Ich habe nun meine letzte Sitzung als Parlamentspräsidentin geleitet. Im Januar wird die Leitung durch das neue Gemeindepräsidium übernommen, das die Wahl des neuen Parlamentspräsidiums einleiten wird.

Das Jahr als Parlamentspräsidentin machte mir viel Freude und ich danke allen für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Sie haben mir die Arbeit einfach gemacht, indem Sie sich wirklich diszipliniert verhalten haben. Meistens – ausgenommen vielleicht nach den Pausen – sind Sie alle pünktlich erschienen, waren immer präsent, selten schwatzhaft, wie auch diszipliniert was die Redezeiten betrifft. Das ist eine gute Vorgabe, die anfallenden Geschäfte in einem Parlament möglichst effizient und schnell zu erledigen. So wird die Warteliste mit unerledigten Geschäften nicht ellenlang wie dies in anderen Gemeinden zum Teil der Fall ist.

Ich möchte Ihnen dafür herzlich danken. Danken möchte ich an dieser Stelle aber vor allem der Leiterin der Fachstelle Parlament, Verena Remund, für ihre Arbeit. Ihre Tätigkeit als Parlamentssekretärin ist nicht immer einfach. Zwischen Gemeinderat und Parlament und mit jährlich wechselnder Führung und neuen Ansprüchen, stetig bemüht nach korrekten Abläufen, bringt dieses Amt eine wahre Herausforderung mit sich. Ich danke Verena Remund herzlich für ihre Unterstützung und die immerwährende Geduld für die immer wieder neuen Fragen. Das Geschenk werde ich ihr noch überreichen.

Mein Dank gilt auch dem Gemeindeschreiber, Pascal Arnold, der sich in aller kürzester Zeit in unserer Gemeinde eingearbeitet und in die vorhandenen Projekte eingegeben hat. Auch ihm herzlichen Dank.

Letzten Endes geht mein Dank aber auch ans Parlamentsbüro. In gemeinsamen Sitzungen haben wir die anstehenden Fragen diskutieren können und bei Unklarheiten während des Parlamentsbetriebs wurde ich von Ihnen tatkräftig unterstützt.

Ich verabschiede mich von Ihnen als Parlamentspräsidentin und freue mich darauf, nächstes Jahr wiederum meine politische Seite ausleben zu dürfen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr.

Im Namen des Parlaments

Erica Kobel-Itten
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament